

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 7 Berlin, den 13. Februar 1932 40. Jahrgang

Arbeitsbeschaffung

Millionenfach ertönt der Ruf nach Arbeit und Brot. Rund 6 Millionen Arbeitslose wurden zu Beginn des Jahres gezählt, und die Kurve der Arbeitslosigkeit hat den Höhepunkt noch nicht erreicht. Neue Zollmauern, die, nicht ohne die Schuld der deutschen Regierung, von anderen Ländern gegen die deutsche Einfuhr errichtet werden, lassen ein weiteres Schrumpfen der deutschen Wirtschaft befürchten.

Die Arbeitslosigkeit, die früher als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise außerhalb des Kreises der unmittelbar Betroffenen wenig beachtet wurde, hat sich zu einer gefährlichen Bedrohung unseres ganzen Kulturstandes ausgewirkt. Bereits ist ein Drittel derer, die darauf angewiesen sind, ihren Lebensunterhalt mit ihrer Hände Arbeit zu erwerben, von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Sie hungern und sind gezwungen, ihre Lebenshaltung auf ein kaum noch als menschenwürdig zu bezeichnendes Maß herabzudrücken. Dabei belastet die ach so bescheidene Unterstützung, die den Arbeitslosen gewährt wird, die öffentlichen Kassen und die noch vorhandenen Reste unserer Wirtschaft so, daß unsere Staatslenker ihren ganzen Scharfsinn aufbieten, die Aufwendungen für die Opfer der Wirtschaftskrise immer weiter herabzudrücken. Schon werden wieder neue Pläne gewälzt, und man spricht bereits von einer Neuregelung der Unterstützung der Erwerbslosen, die darauf hinauskommt, bedeutende Ersparnisse an den Bettelpfennigen zu machen, die man den Arbeitslosen zukommen läßt.

Die Unterstützung der Arbeitslosen ist ein schwieriges Problem, das soll nicht bestritten werden. Weit dringender aber ist es, nach Mitteln Ausschau zu halten, den Strom der Arbeitslosigkeit einzudämmen durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Hier befließt sich die Reichsregierung einer merkwürdigen Zurückhaltung. Sie muß aber gedrängt werden, etwas zu unternehmen. In dieser Hinsicht dürfte der Plan belegend wirken, den Woytinsky in der „Arbeit“, der wissenschaftlichen Monatsschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, entwickelt.

Das Ziel, das Woytinsky verfolgt, ist, einer Million Menschen für die Dauer von einem Jahr Beschäftigung zu geben. An eine Erweiterung der Produktion von Gütern für den offenen Markt oder an Investitionen im üblichen Sinne, das heißt an einen weiteren Ausbau des Produktionsapparates, wird dabei nicht gedacht; es sollen öffentliche Arbeiten unternommen werden, die dauernde Werte schaffen, wie bessere Verkehrsmittel, neue Anbauflächen, Siedlungen,

und deren Kosten vorwiegend aus Löhnen und Gehältern bestehen.

Für die Finanzierung des Planes wäre ein Betrag von etwa 2 Milliarden Mark notwendig. Diese Summe ist zu groß, als daß man sie auf dem Wege der Kreditschöpfung ohne Gefahr aufbringen könnte. Der Betrag kann aber ganz gewaltig vermindert werden durch zwei Faktoren: Heranziehung der Summen, die für Unterstützung der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter verwendet werden müßten, solange die Arbeiten nicht durchgeführt werden, und zweitens Heranziehung der Beträge aus den Steuern und Sozialabgaben, die die bei öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter als Erwerbslose nicht zu zahlen brauchen. Die Unterstützungssummen umfassen einen Gesamtbetrag von rund 600 Millionen und die Summe aus den Steuern und Sozialabgaben etwa 400 Millionen.

Im ganzen wird also von den erforderlichen 2 Milliarden Mark etwa die Hälfte von vornherein bar gedeckt, ohne künstliche Kreditausweitung oder Geldschöpfung. Es handelt sich nunmehr um die fehlende 1 Milliarde Mark. Sie kann auf verschiedene Weise aufgebracht werden. Neben der Kreditausweitung seitens der Reichsbank wäre auch die Möglichkeit einer Zwangsanleihe zu prüfen. Da aber eine Zwangsanleihe nur dann eine zusätzliche Kaufkraft (in den Händen des Staates) und dementsprechend neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen kann, wenn sie die vorhandene Kaufkraft nicht schmälert, müßten die Schuldverschreibungen der Zwangsanleihe von vornherein als lombardfähig anerkannt werden. Dann würden aber diese Obligationen der Reichsbank zurückfließen, so daß man auf anderen Wegen wieder zur Kreditausweitung kommt.

Zur Durchführung der Finanzierung und für die Beaufsichtigung der eingeleiteten öffentlichen Arbeiten wird eine Zentralstelle geschaffen. Die Kredite für die Körperschaften, die öffentliche Arbeiten durchführen, werden gesichert durch den Wert der ausgeführten Arbeiten und durch die Beträge, die für diesen Zweck von der Reichsanstalt den Wohlfahrtsämtern, Finanzämtern, Krankenkassen usw. abgeführt werden.

Die Finanzierung selbst könnte auf Grund von Wechseln erfolgen, die von den „Bauherren“ ausgegeben und von der Zentralstelle gesichert werden. Die Reichsbank hat die Wechsel zu rediskontieren. Die Belastung der Reichsbank muß aber weit hinter einer Milliarde zurückbleiben, da die Wechsel der Reichsbank allmählich zufließen würden, ihr Gesamtbetrag vielleicht

zwischen 10 und 20 Millionen wöchentlich schwanken würde.

Woytinsky legt Wert darauf, die Art der Finanzierung nicht mit einer Ausweitung des Notenumlaufs gleichzusetzen, die er wegen der inflatorischen Auswirkungen vermeiden will. Der gewaltige Gehalts- und Lohnabbau hat das Arbeitseinkommen für das Jahr 1932 um 3 bis 4 Milliarden Mark gekürzt. Durch die Arbeitsbeschaffung solle nun ein Teil des „ersparten“ Lohn- und Gehaltsbetrages in die Volkswirtschaft zurückfließen; dem Abzug von 3 bis 4 Milliarden Mark steht der Rückfluß von einer Milliarde gegenüber. Die Notverordnung hat auch die Reichsbank entlastet, die nun in geringerem Maße für die Lohn- und Gehaltszahlungen beansprucht wird. Nun solle ein Teil der frei gemachten Mittel für die Rediskontierung der Arbeitsbeschaffungswechsel verwendet werden. Nachdem man in der Richtung der Deflation so weit gegangen sei, bedeute die in Aussicht

gestellte Kreditausweitung keine Inflation.

Bei 6 Millionen Arbeitslosen könnte es scheinen, als ob die Arbeitsbeschaffung für eine Million nicht viel besagen will. Aber die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für eine Million hätte die Bedeutung einer Ankurbelung der Wirtschaft. Die Stärkung der Kaufkraft derer, die Beschäftigung gefunden haben, würde andere Wirtschaftszweige beleben und so indirekt zu einer weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Es wäre zu optimistisch gedacht, wollte man von der Verwirklichung des Planes erwarten, daß er in absehbarer Zeit die Arbeitslosigkeit zum Verschwinden bringen würde. Aber auch schon die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen um eine Million wäre ein Erfolg, der lebhaft zu begrüßen wäre. Von der Reichsregierung muß gefordert werden, daß sie den Plan schleunigst prüft und ihn durchführt, denn Arbeitsbeschaffung, das ist das dringendste Gebot der Stunde.

Zerfall der Weltwirtschaft

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Weltwirtschaft augenblicklich eine große Krise durchmacht. Wir verstehen hier unter „Krise“ nicht die bekannten Erscheinungen der Übererzeugung und Arbeitslosigkeit, sondern in diesem Zusammenhang etwas anderes, nämlich die in der letzten Zeit überhandnehmende Absonderung der verschiedenen Wirtschaftsgebiete voneinander. Es handelt sich hier im wesentlichen darum, daß der internationale Austausch von Menschen, Waren und Kapital von Monat zu Monat geringer wird. Die zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Beziehungen nehmen ab, ein immer kleiner werdender Teil der nationalen Produktion wandert über die Grenzen, ein immer größer werdender Teil der nationalen Bedürfnisse wird durch die heimische Erzeugung befriedigt. Das ist die Krise, die die Weltwirtschaft heute erlebt.

Die Ziffern des Außenhandels sprechen hier eine ganz deutliche Sprache: Seit dem 3. Vierteljahr 1929, ungefähr also seit dem Beginn der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, bis zum 3. Vierteljahr 1931 ist der Außenhandel der ganzen Welt wertmäßig um 43 Prozent, mengenmäßig um etwa 21 Prozent zurückgegangen. Einen solchen Rückgang hat der Welthandel wohl während des Krieges, sonst jedoch in den letzten fünf bis sechs Jahrzehnten nicht erlebt. Auch gegenüber dem 3. Vierteljahr 1930 ist der Welthandel wertmäßig um rund 26 Prozent gesunken.

Außenhandelsumsatz von 48 Ländern im 1. Halbjahr:

	1928	1929	1930	1931
Milliarden Mark	121,2	126,3	108,1	77,8
1928 gleich 100	100	104,2	89,2	64,2

Selbstverständlich hat bei diesem starken Rückgang eine wichtige Rolle der „Erd-rutsch der Preise“ gespielt, jedoch ist, auch abgesehen vom Preisfall, eine ganz bedeutende Schumpfung des Welt-handels in den letzten Jahren festzustellen. Wenn man die Preisveränderungen aus-

schaltet, ergibt sich folgende mengenmäßige Entwicklung des Welt-handels:

	1928	1929	1930	1931
	100	104,4	98,3	85,4

Der deutsche Außenhandel hat einen besonders scharfen Rückgang erlebt, wobei vornehmlich die Schrumpfung der deutschen Einfuhr auffällt. Hier kann man tatsächlich von einer Umwälzung sprechen. Im 3. Vierteljahr 1931 ist die deutsche Einfuhr gegenüber dem 3. Vierteljahr 1930 um 40 Prozent gefallen, gegenüber dem 2. Vierteljahr 1931 um 22,3 Prozent, alles dem Werte nach natürlich. Im Vergleich mit der deutschen Einfuhr während der ersten neun Monate 1930 hat die Einfuhr in den ersten neun Monaten 1931 um rund 2,9 Milliarden Mark oder um 35 Prozent abgenommen.

Auch die deutsche Ausfuhr ist in diesen Krisenjahren stark gesunken, wenn auch nicht im entfernten Maße so stark wie die Einfuhr. Im 3. Vierteljahr 1931 ist die Ausfuhr gegenüber dem 3. Vierteljahr 1930 um 15,7 Prozent, in den ersten neun Monaten 1931 gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahres um rund 1,9 Milliarden Mk. oder um 21 Prozent gesunken. Hier spielt natürlich der Umstand eine große Rolle, daß die Preise der Einfuhrwaren, d. h. der Lebensmittel und Rohstoffe einen viel größeren Sturz erlebt haben als die Preise der Ausfuhrwaren, d. h. im wesentlichen der Fertigfabrikate. Aber der Schwerpunkt dieser ganzen Entwicklung liegt doch in etwas ganz anderem. In den ersten elf Monaten 1931 hat die Ausfuhr der Fertigfabrikate, die rund drei Viertel der deutschen Gesamtausfuhr ausmacht, gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahres mengenmäßig, also in Doppelzentnern, um rund 13 Prozent abgenommen. Die entsprechenden Vergleichszahlen für die Einfuhr der Lebensmittel und Rohstoffe, auf die zusammen vier Fünftel der deutschen Gesamteinfuhr entfallen, betragen 27 Prozent und 30 Prozent. Wenn wir

allein die Lebensmitteleinfuhr betrachten, so kommen wir zu auferordentlich interessanten Ergebnissen. Deutschland hat eingeführt in 1000 dz in den ersten elf Monaten:

Waren	1930	1931	Rückgang der Einfuhr
Weizen.....	11 644,7	7 174,1	rd. 38 Proz.
Gerste.....	14 015,0	6 867,2	rd. 50 "
Süßfrüchte....	5 815,3	4 944,1	rd. 15 "
Zucker.....	325,1	130,6	rd. 60 "
Tee.....	57,0	48,4	rd. 15 "
Fleisch Speck, Fleischwürste	1 038,1	553,8	rd. 44 "

Wir konnten hier nur ein paar charakteristische Waren herausgreifen, aber schon diese Probe zeigt, in welchem Ausmaße die Abkehr von der fremden Produktion stattgefunden hat. Teilweise handelt es sich hier um einen reellen Verbrauchsrückgang, teilweise um die Verdrängung der fremden Produktion durch die einheimische. Dieselbe Erscheinung läßt sich auch in der ganzen übrigen Welt und insbesondere für die industriellen Länder Europas und Amerikas feststellen.

Der Warenaustausch in der Welt geht zurück. Aber in noch höherem Maße sinkt der Menschenaustausch. Hier braucht man keine Zahlen anzuführen. Es ist ohne weiteres klar, daß bei dem heutigen Zustand der Weltwirtschaft, bei den gegenwärtigen Ausmaßen der Arbeitslosigkeit die Länder sich voneinander absperrten, daß die Wanderungen der Menschen über die staatlichen Grenzen auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden. Die einzelnen Staaten gehen vielmehr dazu über, die früher eingewanderten Arbeiter möglichst über die Grenzen zurückzuschieben. Die Zahl der deutschen Überseeauswanderer betrug im Zeitraum von Januar bis September 1931 die winzige Zahl von 10 734 gegenüber noch 30 122 im selben Zeitraum 1930. Und das trotz der gewaltigen Arbeitslosigkeit, die Deutschland je erlebt hat.

Auch über den internationalen Kapitalverkehr wollen wir hier keine Zahlen anführen. Es genügt hier, festzustellen, daß die Ausleihungen von privaten Geldern nach dem Auslande, abgesehen von dem ganz kurzfristigen Wechselverkehr des Außenhandels, so gut wie aufgehört haben. Das wäre bei der gegenwärtigen Vertrauenskrise auch nicht anders zu erwarten. Abgesehen von den großen südamerikanischen Schuldnerländern und Australien, die bereits früher den Goldstandard verlassen hatten, haben seit dem 21. September 1931, dem Tage der Aufhebung der Goldwährung in England, acht Länder den Goldstandard aufgegeben und außerdem neun andere Länder die Goldausfuhr verboten oder Devisenbeschränkungen eingeführt. Es sind eigentlich heute bloß fünf bedeutende Länder, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, Holland und die Schweiz, die die Goldwährungen, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, beibehalten haben. Sonst ist die ganze kapitalistische Welt im wesentlichen dem Beispiel Englands direkt oder indirekt gefolgt. Damit ist aber dem weltwirtschaftlichen Austausch von Waren und Kapitalien das wichtigste Mittel genommen.

Wir haben nun diese ganze Entwicklung kurz dargestellt, um zu zeigen, in was für einer gefährlichen Lage sich die Welt und insbesondere Deutschland heute befindet. Es ist klar, daß es sich hier um Zerfallsercheinungen handelt, daß wir die Verarmung der Welt vor uns haben. Wie lange diese Periode des Zerfalls der Weltwirtschaft andauern wird, das läßt sich mit den heutigen Mitteln der Wissenschaft nicht bestimmen. Diese Zerfallsercheinungen sind nur eine Seite jener großen Krankheit, die man Weltwirtschaftskrise nennt. Jede Hebung der Konjunktur, jede Erleichterung der wirtschaftlichen Lage wird zwangsläufig mit einem Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Beziehungen verbunden sein. Umgekehrt bedeutet die Steigerung des weltwirtschaftlichen Zerfalls die Verarmung auch jedes einzelnen Landes. Man soll nicht aus der Not eine Tugend machen. Wenn man heute von deutscher Selbstgenügsamkeit spricht, meint man darunter oft bloß die Notwendigkeit sich nach der Decke zu strecken. Die Zerfallsercheinungen der Weltwirtschaft anzusehen. Dagegen kann man eigentlich gar nichts, auch vom Standpunkt der werktätigen Massen, einwenden. Der Zerfall der Weltwirtschaft kann Deutschland zu Notmaßnahmen zur Si-

cherung des lebensnotwendigen Bedarfs der Bevölkerung zwingen. Man muß jedoch zugleich mit allen dienlichen Mitteln gegen den Zerfall der Weltwirtschaft, der zugleich auch einen Zerfall der eigenen Wirtschaft bedeutet, ankämpfen. Und vor allem soll man sich davor hüten, diesen drohenden Zerfall der Weltwirtschaft zum nationalen Programm zu erheben, die „Selbstgenügsamkeit“ als ein erstrebenswertes Ideal zu predigen. G. Bienstock.

Nazi-Fricks Schiebung

Ganz Deutschland lacht. Hitler, der große Adolf, ist von seinem getreuen Frick zum Gendarmieriekommandanten in Hildburghausen ernannt worden. Heimlich, ganz heimlich ist es geschehen zur Zeit, als der Frick noch die Möglichkeit hatte, als Minister im Lande Thüringen Unfug zu treiben. Aber nun ist es heraus, Hitler hat seine Bestallung als Gendarm in Hildburghausen, dem schönen thüringischen Städtchen, das als Sitz der Pflgeanstalt für die Unglücklichen, bei denen es im Oberstübchen nicht ganz richtig ist, einen besonderen Ruf genießt.

Die Sache hängt mit der bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten zusammen. Bei den Nazis besteht Neigung, Hitler als Kandidaten auf den Schild zu erheben. Daß er wegen Hochverrats vorbestraft ist, bedeutet für sie kein Hindernis, aber Hitler ist kein Deutscher, und nach der Reichsverfassung kann nur ein Deutscher Reichspräsident sein.

Mit der Staatsangehörigkeit Hitlers ist es so eine Sache. Er stammt aus Braunau und ist von Geburt Österreicher. Um dem Militärdienst zu entgehen, ist er ins Ausland, in das benachbarte Bayern, geflohen. Der Kriegsausbruch brachte ihn in eine fatale Situation. Er mußte damit rechnen, als Deserteur nach Österreich ausgeliefert zu werden. Dem zu entgehen, wählte er das kleinere Übel, er meldete sich in Bayern als Kriegsfreiwilliger und hatte das Glück, angenommen zu werden. So wurde der Antimilitarist zum „Kriegshelden“ wider Willen. Aber die österreichische Staatsangehörigkeit hat er verloren, er ist staatenlos. Um Deutscher zu werden, muß man die Einbürgerung nachsuchen. Dem Gesuch müssen alle Länderregierungen zustimmen. Bei Ablehnung entscheidet der Reichsrat. Außerdem kann man aber auch Deutscher werden durch die Anstellung als Beamter. Diesen Weg hat Frick gewählt.

Dieser wackere Heimkrieger war zur Zeit des Hitler-Putsches in der Münchener Polizeiverwaltung tätig, und er hat dort einige Erfahrungen in der Schiebung mit falschen Pässen gesammelt. Diese Erfahrungen machte er sich als thüringischer Innenminister zunutze. Zur Ernennung eines Beamten ist aber auch die Unterschrift des Finanzministers erforderlich. Als dieser beurlaubt war und Frick ihn vertrat, benutzte er die Gelegenheit, das Ding zu drehen.

Die strenge Amtsverschwiegenheit, die er den beiden Beamten auferlegte, die ihm bei dem Streich helfen mußten, haben diese bisher bewahrt. Nun aber ist es an den Tag gekommen. Frick hat die Urkunde, durch welche Adolf Hitler zum Gendarmieriekommissar in Hildburghausen ernannt wird, als Innenminister und zugleich in Vertretung des Finanzministers unterzeichnet. Sicher hat dann Hitler verabredungsgemäß den Rücktritt von dem Amt angezeigt, das er gar nicht angetreten hat. Aber er war im Besitz der Bestallungsurkunde und somit — Deutscher.

Nur einen Haken hat die Geschichte. Eine durch solche Schiebung erlangte Einbürgerung ist rechtswirksam. Frick hat sich verzeiblich bemüht. Hitler ist kein Deutscher. Er hat lediglich erreicht, daß er als der Gendarm von Hildburghausen der Lächerlichkeit überliefert wird.

Und sein getreuer Fridolin Frick? Er hat zunächst einmal der Welt gezeigt, wie skrupellos die Nazis Parteibuchbeamte machen. Die offenkundige Schiebung, deren er sich schuldig machte, gibt einen Vorgeschmack davon, mit welcher Leichtigkeit sich die führenden Männer der Nazis über Recht und Gesetz hinwegsetzen, wenn sie an der Macht sind. Ob Fricks Schiebung kriminell ist, mögen die zuständigen Juristen entscheiden. Moralisch ist Frick gerichtet.

Knecht oder Mitmensch?

Die Menschheit hat erst sehr spät sozial zu empfinden und zu denken gelernt. Erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wagten sich schüchtern einige bescheidene soziale Anschauungen ans Licht. Wie weit die kapitalistische Selbstüberhebung noch vor 25 Jahren ging, geht aus den Ausführungen klar hervor, die im Jahre 1904 in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zu lesen waren: „Wir gehen einer schrecklichen Zeit entgegen wenn nicht bald andere Wege eingeschlagen werden und es dem Arbeiter klargemacht wird, dass er als Knecht geboren und als Knecht sein Leben zu verbringen hat. Das, was sich der Arbeiter einbildet, als seinen rechtmässigen Arbeitsverdienst zu betrachten, ist nichts als eine Gabe, für die er sich dankbar zu erweisen hat.“

Heute schreibt zwar kein Unternehmerblatt mehr so deutlich, aber unter sich sprechen die Unternehmer noch in der Regel ganz im Geiste damaliger Zeit. Die Herren der Arbeitsmittel und der Schätze der Natur sagen: „Wir sind die geborenen Herren, jene die geborenen Knechte, wir allein haben Rechte, jene haben nur Pflichten, sie sind nur Mittel zum Zweck unserer Besitzsteigerung, sie sind für uns ‚Kapital‘, mit dem wir etwas ‚unternehmen‘, etwas verdienen und gewinnen können.“

Ja selbst diese Auslegung ist für den Arbeiter noch zu günstig, denn mit seinem Sach- und Barkapital pflegt der Unternehmer viel vorsichtiger und besorgter umzugehen als mit dem Kapital „menschliche Arbeitskraft“. Für die Wirtschaft als Ganzes, für Staat und Volk als soziale Einheit sind die menschliche Arbeitskraft und die Volksgesundheit selbstverständlich Kapital, sehr wertvolles sogar, aber für den auf Besitzmehrung eingestellten Unternehmer ist die Arbeitskraft des Arbeiters nur etwas, das raubartig ausgebeutet werden kann. Es ist ja so schlau vom Kapitalismus ersonnen: Sach- und Barkapital kann man verlieren, wenn man Pech hat oder unfähig ist, aber das Kapital „menschliche Arbeitskraft“ kann man nicht verlieren, wenn man es in gewagter Weise aufs Spiel setzt oder gewissenlos, unmenschlich, unfähig ist. Wenn das Kapital „menschliche Arbeitskraft“ in die Wirtschaftsarbeit eingespannt wird, dann hat der Unternehmer nur Gewinnaussichten, verlieren kann er jedoch beim Sach- und Barkapital.

Auch beim Kapital „menschliche Arbeitskraft“ treten Verluste auf, sehr grosse sogar, aber diese Verluste gehen ganz auf Rechnung des Arbeiters, jenes Arbeiters, von dem die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ sagte, dass er nur milde Gaben erhalte, wenn er Lohn für geleistete Arbeit empfangt. Dafür, dass er überhaupt atmen, leben, arbeiten, sich verbrauchen lassen darf, hat nach der Anschauung der Kapitalbesitzer der Arbeiter seinem „Mitmenschen“, dem Unternehmer, noch besonders dankbar zu sein.

Der Ausdruck „Mitmensch“ wirkt in diesen einmal etwas näher klargelegten Unternehmerrgedanken wie Hohn und Spott. Selbstverständlich sieht der Unternehmer auch im Arbeiter den „geborenen Knecht“, nicht den gleichgearteten und gleichberechtigten Mitmenschen, der auch natürliche Eigentumsrechte an dem hat, was die Erde trägt und was durch Arbeit aus den Gaben und Kräften der Natur gewonnen wird.

Es ist erstaunlich, welchen hohen Grad der Entartung des menschlichen Denkens und Empfindens die kapitalistische Wirtschaftsweise möglich gemacht hat! Dass diese ungeheueren menschliche Entartung auch in der praktischen Wirklichkeit erschreckend deutlich zutage getreten ist, zeigen uns die Anfangszeiten des Maschinen- und Industriezeitalters. Als der Arbeiter noch ganz von der Gnade oder richtiger der rohen, gewissenlosen Gewalt des Kapitalisten abhängig war, als er tatsächlich nur Knecht, nur Ausbeutungsgegenstand war, ist er in einer Weise getreten und ausgepresst worden, die die heutige Zeit kaum noch als den nackten Tatsachen entsprechende Wahrheit glauben will.

Mit dem 25. bis 30. Lebensjahre hatte der erste Industriekapitalismus alle Lebens-

und Arbeitskraft aus dem Menschen so gründlich herausgepresst, dass er starb. 14- bis 16stündige Arbeitszeiten unter grauerregenden, unmenschlichen Arbeitsbedingungen, jammervolle Ernährung und noch jammervolleres Wohnen, zehnstündige Arbeit für sechsjährige und sogar noch kleinere Kinder zermürbendste Frauenarbeit neben der häuslichen Tätigkeit, ein so erbärmlich niedriger Lohn, dass er nur gerade das gänzliche Verhungern verhinderte. — Das waren die ersten Begleiterscheinungen des Industriekapitalismus des vorigen Jahrhunderts.

Der Unternehmer von heute sagt nicht mehr, dass der Arbeiter zeitlebens nur Knecht und Ausbeutungsgegenstand sein soll, dass Lohn eine milde Gabe ist und somit das ganze Arbeiterdasein Unternehmerwohlthat. Aber er denkt trotzdem in denselben Gedankengängen wie sein Vorgänger, verfolgt auch die gleichen Ziele. Der Grosskapitalist versteht es aber, über seine wahren Absichten einen undurchsichtigen Schleier zu breiten. Der Kleinunternehmer nur fällt gelegentlich aus der Rolle und spricht selbstbewusst herrenhaft von „dem Brotgeber“ oder „dem Steuerzahler“. Was anders liegt darin als der anmassende Gedanke, dass die Lohnempfänger für die Gnade, ihnen Arbeit zu „geben“, dankbar sein sollten? Es gibt „kein Recht auf Arbeit“ und auf die Lebenserhaltung durch Arbeit. Aber es gibt merkwürdigerweise ein privates Besitzrecht auf die Arbeitsmittel, auf die Selbsterhaltungsmittel des einzelnen Menschen und des ganzen Volkes. Dieses kapitalistische Besitzrecht ist angeblich „heilig“. Das Recht zu leben und zu arbeiten, nützlich zu wirken, Werte zu schaffen, muss jedoch in Wirklichkeit Ausgangspunkt allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Denkens und Tuns sein. Zum Teil hat sich dieses unentbehrliche und tief sittliche Recht durch gewerkschaftliche Organisationsarbeit durchgesetzt.

Der heutige Arbeiter vergisst zu leicht, dass der Umschwung der Dinge, die immerhin bedeutende Besserung seiner Lebens- und seiner Rechtsverhältnisse gegen früher eine Errungenschaft der Gewerkschaften überhaupt ist. Der Kapitalismus lässt zudem nichts unversucht, um den Arbeiter von den Tatsachen des Wirtschaftslebens abzulenken, um ihn zu verwirren und irrezuführen, um ihn schliesslich in die Netze zu locken, die seine Bewegungsfreiheit und Selbstschutzmittel vernichten. Die gefährlichsten Netze sind die gelben Werkvereine und die neuere faschistische Bewegung.

Gerade in der heutigen Zeit der Not muss jeder Arbeiter fest zur freien Gewerkschaft stehen. Der Unternehmer sät mit allen möglichen Mitteln Zwietracht unter die Arbeiter, die für Einflüsterungen um so leichter zugänglich sind, je grösser ihre Furcht vor dem die Willenskraft zermürbenden Schicksal Arbeitslosigkeit ist. Der Arbeiter soll nur sich selbst und seiner Gewerkschaft vertrauen. A. S. G.

Der Hauptfeind der RGO.

Während sich die Arbeiterschaft in der „Eisernen Front“ zur energischen Abwehr des Faschismus sammelt, kennt die Kommunistische Partei keine grössere Sorge, als den Nazis zu Hilfe zu kommen durch die Bekämpfung ihrer Gegner. Der derzeitige Führer der RGO., der Abgeordnete Dahlem, verkündete in einer Funktionärskonferenz der RGO. und der „roten Verbände“ als deren wichtigste Aufgabe:

„Heute muß es möglich sein, vor den Massen den Schwandel der ‚Eisernen Front‘ zu entlarven... Der Hauptfeind der Arbeiter in ihrem Kampfe gegen die Unternehmer und den faschistischen Regierungskurs ist die Sozialdemokratie und der ADGB. Der Hauptstoß der RGO. muß deshalb im Betrieb und überall gegen die SPD. und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie gerichtet sein. Der Kampf gegen den Sozialfaschismus ist gleichzeitig das beste Mittel zum Zurückschlagen des Hitler-Faschismus.“

Der Kampf der KPD. und ihrer RGO. gegen die Gewerkschaften ist nicht neu; originell ist es aber sicherlich, daß man die Zerspaltung der Arbeiterorganisationen als notwendig zum Kampf gegen den Faschismus bezeichnet.

Erleichterungen bei der Bürgersteuer

Die Reichsregierung gab am 3. Februar amtlich folgendes bekannt:

„Personen, die im Jahre 1930 einkommensteuerfrei waren, haben nach der bestehenden Rechtslage nur die halbe Bürgersteuer zu entrichten. Diese Vorschrift wirkt sich für die große Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen die Lohnsteuerfreigrenze übersteigenden Lohn gehabt hatten und von denen daher jetzt in der Steuerkarte die volle Bürgersteuer angefordert werden mußte, besonders hart aus. Der Reichsminister der Finanzen hat daher zur Beseitigung dieser Härten dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung vorgelegt.

Hiernach hat der Arbeitgeber bei solchen Arbeitnehmern, für die wegen Nichtüberschreitens der Lohnsteuerfreigrenze am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzubehalten ist, statt der vollen nur die Hälfte der in der Steuerkarte angeforderten Bürgersteuerrate einzubehalten. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Die vorgesehene Erleichterung soll, wenn der Reichsrat, dessen Ausschüsse in nächster Zeit zusammenzutreten, zustimmt, bereits für die Bürgersteuerrate gelten, die am 10. Februar 1932 fällig ist.“

Diese Verordnung der Reichsregierung — zur Stunde, wo diese Zeilen gedruckt werden müssen, handelt es sich allerdings erst noch um einen Gesetzentwurf, wir nehmen aber an, daß er inzwischen vom Reichsrat angenommen und damit gültiges Gesetz geworden ist — ist ein Erfolg der Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und der Zentrumsparlei. Zwischen den Organisationsvertretern und dem Reichsfinanzminister haben in letzter Zeit wiederholt Verhandlungen wegen Beseitigung unerträglicher Härten bei der Durchführung der Bürgersteuer stattgefunden. Dabei wurde folgendes gefordert:

1. Volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Richtsätze der Wohlfahrtspflege betragen, von der Zahlung der Bürgersteuer;
2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zugrunde gelegt wird.

Der Reichsfinanzminister hat, wie seine Verordnung beweist, diese Forderungen nur zum Teil als berechtigt oder durchführbar anerkannt. Seine neuen Vorschriften bedeuten aber immerhin einen Fortschritt, sie beseitigen wenigstens die allergrößten Härten der heutigen Bürgersteuer.

Der Lebenshaltungsindex

Der Veröffentlichung des vom Statistischen Reichsamt berechneten Lebenshaltungsindex für den Monat Januar hat man mit besonderem Interesse entgegen gesehen. Sollte doch daraus die Auswirkung der großen Preissenkungsaktion ersichtlich werden, durch welche der scharfe Lohnabbau wettgemacht werden sollte. Der Index bringt keine Überraschung, er bestätigt nur, was ohnehin jeder Arbeiter an seinem Ausgabenbudget feststellen konnte, nämlich daß die Preise bei weitem nicht in dem Maße gesunken sind wie die Löhne. Während der Lohnabbau auf Grund der Notverordnung mindestens 10 Prozent, vielfach 15 Prozent und nicht selten mehr betrug, sind die Lebenshaltungskosten im Januar nur um 4,5 Prozent, von 130,4 im Dezember auf 124,5 im Januar, zurückgegangen.

Der amtliche Lebenshaltungsindex betrug den Stand von 1913/14 mit 100 angenommen, im Januar 1927 144,6, er war im Januar 1928 auf 150,8, im Januar 1929 auf 153,1 gestiegen. Dann trat ein Rückgang ein auf 151,6 im Januar 1930 und weiter auf 140,4 im Januar 1931. Verglichen mit dem Stand vom Januar 1927 haben sich hiernach die Lebenshaltungskosten um 13,9 Prozent gegenüber dem Januar 1931 um 11,3 Prozent ermäßigt. Dabei sind allein die Tarif-

löhne im Jahre 1931 um mehr als 20 Prozent gesenkt worden, ganz abgesehen von der Beschneidung der übertariflichen Löhne. Bei der Betrachtung des amtlichen Lebenshaltungsindex muß aber wieder daran erinnert werden, daß er neben sonstigen Mängeln, die ihm anhaften, die Steuern und sozialen Abgaben nicht berücksichtigt. Man braucht nur an die neue schwere Belastung durch die Bürgersteuer zu erinnern, um zu erkennen, daß die notwendige Lohnsenkung die Lebenshaltung der Arbeiter stark beeinträchtigt hat. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat anerkannt, daß er von den seitherigen Erfolgen seiner Tätigkeit nicht befriedigt ist. Es wird ihm aber auch bei aller Anstrengung nicht gelingen, die Preise so zu senken, daß die durch die Senkung der Löhne verursachte Minderung der Kaufkraft ausgeglichen wird.

Scharfmacher und Nazis

Für die Macht des Geldes ist die Entwicklung der Hitler-Bewegung ein sehr anschauliches Beispiel. Bei der Ideenlosigkeit der nationalsozialistischen Bewegung, die nur bedacht ist, auf die niedrigsten Instinkte zu wirken, und einen Kultus der rohen Gewalt treibt, hätte sie niemals eine nennenswerte Bedeutung erlangt, wenn sie nicht über ungeheure Geldmittel verfügte. Die üppige Hofhaltung des Oberführers Hitler in München und der seiner kleineren Trabanten im Reich verschlingt riesige Summen. Die Besoldung der SA-Banditen und des großen Stabes hochbezahlter Führer und all das sonstige Drum und Dran bedingen einen Monatsetat, der in die Millionen geht.

Woher kommt dieses Geld? Man hat von Unterstützungen aus dem Ausland gesprochen. Gewiß haben die Reaktionäre in Frankreich ein großes Interesse an einem Siege Hitlers, der ihnen Wasser auf die Mühlen leitet. Ob sie sich aber die Förderung der Hitler-Bewegung so schweres Geld kosten lassen, möchte man bezweifeln. Größere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich Mussolini für den Verrat Hitlers und der Nazis an Südtirol erkenntlich zeigt, aber auch darüber ist etwas Bestimmtes nicht bekannt. Der Hauptgeldgeber Hitlers ist das deutsche Unternehmertum. Diese Tatsache ist unbestritten, wenn auch die Kanäle, durch die das Geld in das Braune Haus geleitet wird, nicht offen zutage liegen.

Es handelt sich dabei um große Summen, für welche die Scharfmacher natürlich eine Gegenleistung erwarten. Von Hitlers Wirken versprechen sich die Unternehmer eine Schwächung der Arbeiterschaft. Durch die

Nazizellen, die man in den Betrieben zu errichten trachtet, soll der Einfluß der Gewerkschaften gelähmt werden. Und wenn der Hitler erst sein Drittes Reich errichtet, dann kommen für die Scharfmacher goldene Tage. Dann werden die Organisationen zerschlagen und die Arbeiter als rechtlose Sklaven der Ausbeutung durch die Scharfmacher ausgeliefert.

Am 26. Januar war Hitler von seinen Geldgebern zum Rapport bestellt. Im feudalsten Hotel in Düsseldorf hielt der Industrieklub, der die Creme der westdeutschen Scharfmacher umfaßt, seine Tagung mit anschließendem Festschmaus. Die Vertreter der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die gleichzeitig in Köln tagten, kamen zu dem Fest herüber, so daß es eine große Ansammlung komfortabelster Autos gab. Das hatte Tausende von Arbeitern angelockt, die dem Hitler, der es vorgezogen hatte, einen Nebeneingang zu benutzen, einen würdigen Empfang bereiten wollten. Wenn auch die Türen fest verschlossen und die Fenster dicht verhängt waren, dürfte es den Herrschaften angesichts der entrüsteten Massen nicht ganz wohl zumute gewesen sein. Über Hitlers Rede vor den Scharfmachern wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Aber schon die Tatsache der großen Intimität zwischen Hitler und den Scharfmachern dürfte manchem Arbeiter die Augen öffnen und ihn über die wahren Qualitäten dieses „Arbeiterführers“ aufklären.

Berufskrankheiten

Nach den Berichten der gewerblichen Berufsgenossenschaften sind im Jahre 1930 15 006 Fälle von Berufskrankheiten gemeldet worden. Die im Jahre 1929 in Kraft getretene zweite Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufskrankheiten hat die Zahl der Meldungen in diesem Jahre auf 22 258 an geschwellen lassen. Der im Jahre 1930 eingetretene Rückgang der Meldungen wird in erster Linie damit erklärt, daß die Meldungen, die auf die Rückwirkung der Verordnung bis zum 1. Januar 1920 zurückzuführen sind, allmählich zum Abschluß kommen.

Fast die Hälfte aller Meldungen, nämlich 7847, entfallen auf die Knappschaftsberufsgenossenschaft und betreffen hauptsächlich Staublungenerkrankungen im Bergbau. In der Holzindustrie ist die Zahl der Meldungen von 74 im Jahre 1929 auf 37 zurückgegangen. Über die Ursachen der Erkrankungen und über ihre Beurteilung wird von den Berufsgenossenschaften das Folgende berichtet:

Der Sächsischen Holz-BG. wurden als angebliche Berufskrankheiten 18 Fälle angezeigt. Die näheren Erörterungen haben ergeben, daß nur 2 von diesen Fällen als Berufskrankheiten anzusehen waren. Eine derselben war durch eine exotische Holzart veranlaßt, während die andere durch ein Teerderivat verursacht war. Zur Entschädigung führte im Berichtsjahr keine Berufskrankheit.

Von den 21 der Bayerischen Holz-BG. gemeldeten Berufskrankheiten bezog sich ein Fall auf Schieferstaublungenerkrankung, ein anderer auf eine Erkrankung durch Teer und verwandte Stoffe. Von den übrigen 19 wurde ein Fall durch Entscheidung des Landesversicherungsamts als entschädigungspflichtiger Unfall (nicht Berufskrankheit) erklärt, da durch Überempfindlichkeit des Organismus infolge einmaliger Verwendung von Terpentin die Körperschädigung eingetreten ist. Die restlichen 18 Fälle fielen nicht unter die Verordnung.

Bei der Südwestdeutschen Holz-BG. wurden 14 Fälle infolge Bearbeitung exotischer Hölzer gemeldet, die sich sämtlich als Ekzeme der Haut an den Händen, hervorgerufen durch Lösungsmittel von Poliermitteln, feststellen ließen.

Was Deutschland bisher an Reparationen gezahlt hat

Im Zusammenhang mit der deutschen Forderung auf Beseitigung der Reparationen spielt die Frage eine große Rolle, was Deutschland bisher geleistet hat. Darüber gehen die Ansichten der beteiligten Staaten sehr weit auseinander. Aber während die Siegermächte mit roh gezeichneten runden Summen um sich werfen, veröffentlicht die Reichsregierung eine bis ins einzelne gehende Aufstellung der bisherigen deutschen Leistungen. Dabei ergibt sich der ungeheure Betrag von 67,7 Milliarden Mark.

Wie die Verteilung dieser Leistungen unter den Gläubigern erfolgt ist, läßt sich deutscherseits nicht feststellen. Insbesondere kann auch nicht gesagt werden, wieviel Frankreich, dem nach dem Abkommen unter den Siegerstaaten 52 bis 54 Prozent der deutschen Leistungen zugestanden sind, hiervon erhalten hat. Nur soviel darf als sicher angenommen werden, daß die bisherigen deutschen Leistungen ausgereicht haben, um in allen beteiligten Staaten die Kriegsschäden zu beseitigen — soweit das mit Geld überhaupt möglich ist.

Keine Betriebsrätewahlen 1932

Der Reichsarbeitsminister hat, wie wir seinerzeit berichtet haben, durch eine Verordnung vom 14. Dezember 1931 bestimmt, daß die Amtsdauer der Betriebsratsmitglieder um ein Jahr verlängert wird. Es finden 1932 also keine Betriebsratswahlen statt.

Die Kommunisten wollen sich angeblich damit nicht abfinden. Sie sollen den Versuch machen wollen, die Neuwahl der Betriebsräte dadurch zu erzwingen, daß sie ihre Anhänger auffordern, sofern sie Betriebsratsmitglied sind, ihre Ämter niederzulegen.

Diesem Versuch kommt schon deshalb keine Bedeutung zu, weil es nur in ganz wenigen Betrieben kommunistische Betriebsratsmitglieder gibt. Und wo solche vorhanden sind, scheidet der Versuch an der Rechtslage. Denn das Reichsarbeitsministerium bemerkt zu der kommunistischen Aktion unter anderem:

„Ein solcher Versuch hat keine Aussicht auf Erfolg. Abgesehen davon, daß es zweifelhaft erscheint, ob Maßnahmen rechtswirksam sind, die nur zu dem Zweck erfolgen, eine mit Gesetzeskraft verordnete Regelung der Amtsdauer zu beseitigen, ist es selbstverständlich, daß der Reichsarbeitsminister den für nötig gehaltenen Aufschub der Betriebsrätewahlen durch geeignete Mittel, im Bedarfsfall durch eine ergänzende Rechtsverordnung, sicherstellen wird. Die Amtsniederlegung einzelner Betriebsratsmitglieder könnte nur zum Verlust ihres Einflusses auf die Handhabung der Betriebsratsgeschäfte und zum Wegfall ihres Kündigungsschutzes führen.“

Diese Veröffentlichung ist ein unverhoffter Schlag in die Rechnung der „Revolutionäre“. Wo sie trotzdem den Versuch machen sollten, ihren Plan durchzuführen, lasse man sie allein.

Eiserne Front



**Tritt gefaßt und Straße frei! Die Eiserne Front rückt an.
Ruft den letzten Mann herbei: Denn wir greifen an.
Eisern die Front, eisern die Faust, eisern der Ruf, der das Land durchbraust:
Unser Herz für dich, deutsche Republik.**

**Jagt das Mordgesindel fort, das die Straßen Deutschlands säumt:
Kampf ist jetzt das Losungswort, weh dem, der nun träumt.
Eisern die Front, eisern die Faust, eisern der Ruf, der das Land durchbraust:
Unser Kampf für dich, deutsche Republik.**

**Daß das deutsche Vaterland wieder Hort der Freiheit sei,
Daru stehen wir Mann bei Mann nun zum Kampf bereit.
Eisern die Front, eisern die Faust, eisern der Ruf, der das Land durchbraust:
Unser Sieg für dich, deutsche Republik!**

Erich Grisar.



Aus dem Verbandsleben



Kohlenhalde — Verband

Ein Gleichnis von A. Neumeister

Freunde, wir haben doch alle etwas gemeinsam, wir streben geschlossen einem Ziele zu, tragen einen Gedanken in uns, den wir in der Zugehörigkeit zu unserem Verband zum Ausdruck bringen. Wir haben, in der Erkenntnis, daß nur Einigkeit allein zur Stärke führt, unseren Egoismus, unsere Eigenbrötelei aufgegeben und sind Masse geworden. Unsere Kraft, unseren unbeugsamen Willen haben wir in einer machtvollen, kampfstrotzenden Einheit zusammengefaßt: dem Verband!

Aber noch immer stehen viele Arbeitskollegen abseits, die den wahren Untergrund unseres Seins und Wollens nicht erkannt haben oder erkennen wollen. Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes ist es, um diese einzelnen, brach daliegenden Kräfte zu werben. Und da, Freunde, kommt mir das Gleichnis von der Kohle in den Sinn. Frühmorgens, wenn ich zur Arbeit gehe, muß ich am Kesselhaus vorüber. Vor mir liegen, auf gewaltige Haufen geschichtet, die Kohlen. So, in ungezählten Mengen beisammen, liebe ich sie. Einzeln sind sie ziemlich wertlos, jedenfalls ohne große Bedeutung.

Und am Morgenrauen, bei Arbeitsbeginn, faßt sie der Heizer mit Schaufel und Karre. Sie brennen, schaffen Licht und Kraft, bringen starres Wasser zum Verdampfen, treiben Räder, auf deren atemloses Surren tausende Arbeiterhirne warten. Sie geben das Signal zur täglichen Arbeit.

Sie alle, nicht eine allein.

Darum sind die schwarzen Kohlen meine besten Freunde. In ihnen finde ich mich selbst, als einzelner freilich nur. Ich fühle mich ihnen weisensverwandt. Und ich weiß, anderwärts denken tausend gleichgesinnte Kollegen wie ich.

Vereint türmen auch wir unseren Willen zur achtunggebietenden Größe, können eine unzählbare Glut entfachen, wie die vor mir lagernde Kohle.

Unsere Kohlenhalde heißt: der Verband!

Die schwarzen, glänzenden Steine, die seitwärts liegen, sind die Saumseligen, Abtrünnigen, sind die mutlosen, interesselosen Vergangenheitsknechte.

Die Schaufel heran, und sie zur Masse geworfen.

Holzarbeiter! Es ist notwendig, daß wir geschlossen marschieren. Unser Werben, unser Kampf darf nicht aufhören. Stillstand bedeutet Rückgang. Und das können und wollen wir nicht. Denkt an die mächtigen Kohlenhalde! Und an die Glut, die damit entfacht wird.

Laßt uns ein glühender Kohlenberg sein!

Dann werden wir alle noch bevorstehenden Stürme siegreich überwinden. Dann werden wir dem Ziele näherkommen, und Brot, Arbeit und das Recht zum Menschsein werden wir erkämpfen.

Wir sind der Pfeil, der zum Himmel schwirrt! Drum reicht uns zum Kampfe, zum Siege die Hand. Wir leben und sterben mit dem Verband!

Die Berliner Verhandlungen

Wir haben über die ergebnislosen Verhandlungen wegen der Schaffung eines Tarifvertrages für das Holzgewerbe in Berlin berichtet und mitgeteilt, daß der vom Reichsarbeitsministerium bestellte Sonderschlichter Dr. Kimmich die Beratung der Schlichterkammer über die Schaffung des Manteltarifvertrages auf den 8. Februar vertagt hat. Als wir diese Nachricht brachten, beschriftete das „Deutsche Holzgewerbe“, das Organ der „Vabelo“, sehr entschieden ihre Reaktion. Es verurteilt die Auffassung, daß die Schlichterverhandlung ein ergebnisloses geendet hätten. Und als dann der Schlichter den Parteien das Protokoll der Verhandlungen zusteckte und damit die Richtigkeit unseres Berichts bestätigt wurde, erklärte das „Deutsche Holzgewerbe“:

„Das Protokoll des Herrn Sonderschlichters entspricht nicht den Tatsachen“. In dem gleichen Aufsatz heißt es dann, daß „die beiden Beisitzer der Vabelo, die Herren Gronau und Felzer, beim Reichsarbeitsministerium Beschwerde eingelegt haben und unabhängig davon auch die andere beteiligte Arbeitgeberorganisation beim Reichsarbeitsministerium Vorstellungen in der gleichen Richtung unter Ablehnung einer neuen Verhandlung erhoben hat.“

So weit waren die Dinge beim Abschluß unserer vorigen Nummer gediehen. Aus der Stellungnahme des Unternehmerorgans geht unzweideutig hervor, daß die Berliner Unternehmer keinen Tarifvertrag wollen. Sie haben sich nur ungern und widerwillig zu den Verhandlungen gestellt, und ihre Beteiligung geschah unter dem Gesichtspunkt, das Zustandekommen eines Ergebnisses um jeden Preis zu verhindern.

Ob es ein Erfolg der angekündigten Beschwerde beim Reichsarbeitsministerium ist, oder was Herrn Dr. Kimmich sonst dazu veranlaßt hat, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls hat er an die beteiligten Organisationen das folgende Schreiben gerichtet:

Betrifft: Manteltarif.

Die Zurückstellung der Beratung über den Manteltarifvertrag durch den Beschluß vom 5. dieses Monats ist zu dem Zweck erfolgt, um zuerst in der Lohnfrage zu einem Ergebnis zu gelangen. Nachdem ein Lohnabkommen nicht zustande kam, ist die Weiterführung der Verhandlung zur Zeit zwecklos. Deshalb habe ich den auf den 8. Februar 1932 anberaumten Termin für die Weiterführung der Kammerverhandlung auf.

Da vereinbarungsgemäß die Ladung der Herren Beisitzer durch die Verbände erfolgen sollte, bitte ich, die Herren davon zu verständigen. gez.: Dr. Kimmich.

Dieses Schreiben bedeutet, daß Herr Dr. Kimmich seine Mission in Berlin als beendet sieht und daß die Unternehmer ihren Willen, das Zustandekommen einer tariflichen Regelung zu verhindern, zunächst erreicht haben. Wir beschränken uns auf die Feststellung dieser Tatsache und behalten uns vor, auf den Gegenstand zurückzukommen, wenn die im Augenblick noch nicht recht erkennbaren Hintergründe deutlicher zu übersehen sind.

Verhandlungen in Thüringen

Verhandlungen kann man das, was sich am 1. Februar in Weimar abgespielt hat, kaum nennen. Der Sonderschlichter Dr. Kimmich hatte die Parteien — auf Unternehmenseite kommen der Verein Thüringischer Holzindustrieller und die im Mitteldeutschen Tischlerfachverband zusammengeschlossenen Innungen in Betracht — zu Verhandlungen geladen. Beide Unternehmerorganisationen hatten vorher deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nicht die Absicht haben, einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Tischlerfachverband hätte sich, wäre er allein geladen worden, auch darauf berufen können, daß er als eine Organisation, die nur Innungen, also Vereine, umfaßt, nicht tariffähig sei. Um diesem Einwand vorzubeugen war die Einladung an die einzelnen Innungen ergangen, denen es freigestellt wurde, ihrer Spitzenorganisation Vertretungsvollmacht zu erteilen. In der Annahme, daß er es mit anständigen Menschen zu tun habe, hatte der Schlichter von seiner Befugnis, der Einladung eine Strafandrohung beim Ausbleiben anzufügen, keinen Gebrauch gemacht. Das erwies sich als ein Fehler; die Innungsvertreter waren nämlich nicht erschienen.

Auf Unternehmenseite war nur der Syndikus des Vereins Thüringischer Holzindustrieller, Herr Neuhoff, erschienen. Allerdings war es auch ihm nicht darum zu tun, sachlich zu verhandeln, sondern nur um in höflicher Form zu bekunden, daß die Industriellen keinen Tarifvertrag wollen. Er wußte auch, daß der Fachverband seine Mitglieder gleichzeitig nach Weimar ge-

laden hatte. Dadurch hatte der Schlichter die Möglichkeit, eine telephonische Aussprache mit dem Syndikus des Innungsverbandes, Dr. Dominka, herbeizuführen. Dieser blieb aber bei seiner Weigerung, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Der Schlichter hat dann die Verhandlungen auf den 8. Februar vertagt. Da er nun weiß, mit wem Geistes Kindern er es zu tun hat, hat er die Einladung mit Androhung einer hohen Geldstrafe bei Nichtbefolgung verbunden.

Albert Gorgas

Aus Magdeburg kommt die Nachricht, daß der frühere langjährige Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, der Kollege Albert Gorgas, am 1. Februar gestorben ist. Albert Gorgas war einer von der alten Garde, der weit über seinen örtlichen Wirkungskreis im Verband bekannt war und sich hohen Ansehens erfreute. Er war am 2. Dezember 1860 geboren, hatte als Pantinenmacher gelernt und sich frühzeitig in der Arbeiterbewegung hervorgetan. Im Jahre 1903 wurde er von der Verwaltungsstelle Magdeburg als Geschäftsführer angestellt. Er hat dieses Amt 24 Jahre lang zu voller Zufriedenheit bekleidet. Seines Alters wegen trat er im Jahre 1927 in den Ruhestand. Auch in der politischen Arbeiterbewegung betätigte er sich reger. In der Magdeburger Gemeindeverwaltung wirkte Gorgas seit langen Jahren als unbesoldeter Stadtrat. In unserem Verband wird sein Name unvergessen bleiben.

Hattingen

In der gut besuchten Generalversammlung berichtete die Ortsverwaltung über die Tätigkeit im verfloßenen Jahr. Unter der wirtschaftlichen Misere leiden auch wir schwer, aber mit Stolz können wir feststellen, daß die Kollegen treu zur Organisation halten. Ein erfreuliches Bild reger Tätigkeit entrollte der Bericht der Jugendgruppenleitung. In den veranstalteten Kursen werden den Kollegen Bildungsmöglichkeiten verschiedener Art geboten, wobei auf die Pflege der Berufsinteressen besonderer Wert gelegt wird. Diese Veranstaltungen erfreuen sich einer guten Beteiligung, namentlich wird Wert darauf gelegt, die erwerbslosen Jugendkollegen zur Teilnahme heranzuziehen. Die seitherige Verwaltung wurde wiedergewählt; sie wird, davon sind die Kollegen überzeugt, auch im neuen Jahr in ihrem Eifer nicht erlahmen.

Urach

In unserem Städtchen ist die Holzwarenfabrikation die vorherrschende Industrie. Im Jahre 1925 waren in sieben Betrieben über 600 Arbeiter beschäftigt. Heute sind es nur noch vier Betriebe mit 96 Beschäftigten. In den letzten Jahren haben zwei Betriebe wiederholt den Besitzer gewechselt, zwei Betriebe, die über 160 Arbeiter beschäftigten, sind eingegangen. Kurz vor Weihnachten hat auch die einzige Möbelfabrik ihre Tore geschlossen, wodurch 54 Kollegen arbeitslos wurden. Schon seit Jahren wird verkürzt gearbeitet, meist nur 24 Stunden in der Woche, in einem Betriebe gar nur 16 Stunden. Dazwischen hinein wurde auch der eine oder andere Betrieb zeitweilig völlig geschlossen. Über Weihnachten werden die Betriebe regelmäßig auf drei bis vier Wochen geschlossen. Die Lage der Kollegen ist also trostlos, und die Unternehmer nutzen die Gelegenheit zum Lohnabbau rücksichtslos aus. Der Vorsitzende des Verbandes württembergischer Holzwarenfabriken, Herr Sattelmayer, ist auch in dieser Hinsicht tonangebend. Die Stundenlöhne sind um 15 bis 20 Prozent, die Akkordlöhne bis zu 30 Prozent gesenkt. Die Leistungszulagen sind schon längst verschwunden. Die Notverordnung vom 8. Dezember zeigt, daß die Regierung die Lage der Arbeiter noch nicht für schlecht genug ansieht. Was nutzt uns der Preisabbau,

wenn wir kein Geld haben, auch nur das Notwendigste zu kaufen.

Bei all dem Elend können wir doch mit Genugtuung feststellen, daß wir hier einen Stamm von Kollegen haben, die treu und unerschütterlich zum Verband stehen. Wir wissen, daß die Verhältnisse noch viel schlimmer wären, wenn wir den Verband nicht hätten. Die Zeiten werden auch wieder einmal anders werden, und dann wird uns die Organisation den Rückhalt geben, um das wieder einzuholen, was uns in der Zeit der Not genommen wurde. Wir wissen wohl, daß die Verbandsleitung im Verein mit den übrigen Gewerkschaften und dem ADGB, alles tut, um eine Besserung der Lage herbeizuführen; wir haben nur den Wunsch, daß diese Bemühungen recht bald von Erfolg gekrönt würden.

Haben wir nichts mehr zu verlieren?

Was haben wir schon noch zu verlieren? Schlechter kann es uns nicht mehr gehen! So ungefähr kann man es oft hören, wenn man sich an der Stempelstelle mit Leidensgenossen unterhält. Diese Auffassung ist nicht nur falsch, sondern auch politisch geradezu verhängnisvoll. Die unerhörten Anschläge auf die Sozialversicherung und auf das Tarifrecht sind ein deutlicher Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft trotz der beispiellosen Not, in der sie sich gegenwärtig befindet, tatsächlich noch sehr viel zu verlieren hat.

Sehr lehrreich war für mich ein Konflikt, den ich mit einem Arbeitsamt in einer süd-deutschen Kleinstadt hatte. Dieser Fall liegt schon einige Zeit zurück, aber er ist wert, erzählt zu werden. Ich war schon einige Wochen arbeitslos gemeldet, als man mich zu einem Schreinermeister schickte, der mir Arbeit anbot bei einem Stundenlohn von 50 Pf. Die Arbeitsstelle lag 16 Kilometer von meinem Wohnort entfernt. Nach Abzug der Fahrtkosten wäre mir ein Verdienst in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung verblieben. Ich sagte also dem Meister, daß ich für diesen Lohn nicht arbeiten könne. Er meldete meine Weigerung dem Arbeitsamt, und hier wurde mir der Bescheid, daß mir die Unterstützung wegen Arbeitsverweigerung entzogen sei. Der Arbeitsvermittler meinte, daß mancher Arbeitslose gern für einen solchen Lohn arbeiten würde. Auch der Vorsitzende, bei dem ich mich beschwerte, war der Meinung, daß mir die Unterstützung zu Recht entzogen sei. Nun ging ich zum Arbeiterssekretariat, und hier erfuhr ich, daß der Tariflohn für den betreffenden Ort 1,02 Mk. pro Stunde beträgt und daß das Arbeitsamt keinen Arbeiter zwingen kann, Arbeit unter tariflicher Entlohnung anzunehmen. Auf Grund dieser Auskunft konnte ich nun meinen Anspruch auf Unterstützung mit Erfolg geltend machen.

Auf was es mir ankommt, ist, die Tatsache festzustellen, daß wir dieses gesetzliche Recht auf tarifliche Entlohnung nur dem Einfluß der Gewerkschaften zu verdanken haben. Das ist nur ein Beispiel, es gibt aber sehr viele Einrichtungen, deren Fehlen wir schmerzlich entbehren würden, die aber nur dem Wirken der Gewerkschaften zu danken sind.

Wer will, daß man uns alle mühsam erkämpften Rechte nimmt, der bleibe weiterhin gleichgültig, der folge weiterhin jenen Phrasendreschern, die über die Gewerkschaften schimpfen. Der klassenbewußte Arbeiter jedoch läßt sich nichts vormachen, er folgt nicht den Spaltern, die sich die Zerschlagung der Gewerkschaften zur Aufgabe gemacht haben. Kämpfen wir also weiter für den Ausbau unserer Gewerkschaft, denn wir haben noch viel zu verlieren. Aber wir können noch viel durch eine starke Organisation gewinnen. Der Kampf lohnt sich.

R. Güthlein.

Mit Kettmanns Stimme ist der 7. Dezember feierlich



Holzindustrie



Neuer starker Rückgang der deutschen Holzeinfuhr

Die Entwicklung der deutschen Holzeinfuhr in den letzten Jahren bestätigt in überzeugender Weise die hier wiederholt vertretene Ansicht, daß die Holzeinfuhr sich ganz von selbst der Wirtschaftslage anpaßt, so daß gesetzliche Einfuhrbeschränkungen, wie Zollerhöhungen und Festsetzung von Einfuhrkontingenten, überflüssig sind.

Lassen wir die Tatsachen sprechen: 1925 hatten die Holzverbrauchenden Industrien eine gute Konjunktur, die Folge davon war eine Holzeinfuhr von 13,492 Millionen Fest-

Wir wünschten, 1931 hätte ebensoviel Holz eingeführt werden können wie im Jahr 1928. Dann wäre den Holzarbeitern und auch den Waldbesitzern viel Leid erspart geblieben. Im stillen sehen das wohl auch die Waldbesitzer ein, aber sie haben nicht den Mut, es einzugestehen, denn das wäre das Eingeständnis ihrer egoistischen Interessenpolitik.

Von dem Einfuhrückgang sind alle Sortimentsgruppen betroffen worden, sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch im Vergleich zu 1913; nur das Papierholz macht hier eine Ausnahme: 1913 betrug die Papierholzeinfuhr 2,570 Millionen, 1931 aber 2,918 Millionen Festmeter.

Übersicht über die Einfuhr und Ausfuhr von Nutzholz.

Sortimentsgruppen	Gesamteinfuhr							Gesamtausfuhr						
	1931	1930	1929	1928	1927	1926	1913	1931	1930	1929	1928	1927	1926	1913
	in 1000 Festmeter Rohnutzholz							in 1000 Festmeter Rohnutzholz						
Rundholz, hart	32	102	166	245	183	99	292	134	137	87	49	41	60	92
Rundholz, weich	1401	2620	3084	4911	5477	2959	5232	459	470	351	250	196	331	277
Grubenhholz	266	415	571	889	951	642	476	886	1094	746	447	584	570	277
Rundholz insgesamt	1699	3137	3821	6045	6611	3700	6000	1479	1701	1184	746	821	961	369
Schnittholz, hart	66	148	245	398	278	124	179	117	79	41	23	24	38	56
Schnittholz, weich	1540	3551	4309	6252	5280	2369	4689	375	386	234	187	273	562	210
Beschl. Holz, ha u. weich	46	141	244	261	246	111	770	120	197	201	134	157	163	133
Schwellen, hart und weich	54	148	576	606	517	738	567	136	127	42	41	97	128	168
Bearb. Holz insgesamt	1706	3988	5374	7517	6321	3342	6205	748	789	518	385	551	891	567
Papierholz	2918	4221	5068	4518	3823	3666	2570	88	66	61	37	34	59	134
Faßholz	12	38	83	86	70	48	123	22	29	22	21	19	19	10
Exotische Hölzer	26	57	56	75	55	40	112	2	2	2	3	2	1	8
Zusammen	6361	11441	14402	18241	16880	10796	15010	2339	2587	1787	1192	1427	1931	1088
Prozentsatz von 1913	42,4	76,2	95,9	121,5	112,5	71,9	100	215,0	237,7	164,2	109,6	131,2	177,5	100

meter. Dann kam das Krisenjahr 1926, in diesem Jahr ging die Einfuhr auf 10,796 Millionen Festmeter zurück. Als sich dann im folgenden Jahr die Geschäftslage besserte, stieg die Holzeinfuhr wieder auf 16,880 Millionen Festmeter. Im Jahr 1928 erreichte die Nachkriegskonjunktur ihren Höhepunkt. Insbesondere durch die rege Bautätigkeit war der Holzverbrauch sehr groß, so daß die Holzeinfuhr die Rekordhöhe von 18,241 Millionen Festmeter erreichte. Nun folgte der steile Abstieg der Konjunktur und der Holzeinfuhr 1929 betrug die Holzeinfuhr noch 14,402 Millionen, 1930 noch 11,441 Millionen und 1931 noch 6,361 Millionen Festmeter. Von 1928 bis 1931 beträgt der Rückgang 65,1 Prozent.

Diese Zahlen beweisen, daß die Holzeinfuhr sich ganz von selbst dem Auf und Ab der Wirtschaftslage anpaßt. Ja viel besser, als dies durch künstliche Maßnahmen erreicht werden kann. Wenn die Waldbesitzer Ende 1930 gefragt worden wären, wie hoch sie sich das Einfuhrkontingent für das Jahr 1931 denken, dann würde bestimmt niemand von ihnen, der ernst genommen werden will, 6,361 Millionen Festmeter genannt haben. An einen so großen Einfuhrückgang, wie er infolge der schweren deutschen Wirtschaftskrise tatsächlich eingetreten ist, hat niemand gedacht oder ihn für möglich gehalten. Wenn angesichts dieser Tatsachen der „Deutsche Forstwirt“ in seiner Nummer vom 2. Februar von einer unerträglichen „Hemmungslosigkeit der Holzeinfuhr nach Deutschland“ schreibt, so beweist das nur seine hemmungslose Verlegenheit.

Auch die Holz ausfuhr ist gegenüber 1930 ein wenig zurückgegangen, sie war 1931 aber noch wesentlich größer als in den früheren Jahren. Im Vergleich zu 1913 betrug die Mehrausfuhr 1,250 Millionen Festmeter oder 115 Prozent.

Die Frage, woher das Einfuhrholz in der Hauptsache kommt, beantwortet die Übersicht über die Nadelholzeinfuhr nach Ländern. Aufgenommen sind in diese Tabelle nur Nadelrundholz (Zolltarif-Nr. 74e) und Nadel-schnittholz (Zolltarif-Nr. 76g). Unser bester Rohstofflieferant für die Sägewerke ist nach wie vor die Tschechoslowakei. Von dort kamen 417 000 Festmeter Nadelrundholz oder 39,8 Prozent der Gesamteinfuhr. Dann folgt in weitem Abstand Rußland mit 27,8 Prozent, und wieder in weitem Abstand Polen mit 9,7 Prozent. Fast ebenso groß ist der finnländische Anteil, nämlich 8,9 Prozent. Alle anderen Länder waren 1931 für die deutsche Rundholzversorgung ohne Bedeutung.

Unter den Schnittholzlieferanten steht jetzt Rußland an erster Stelle, obwohl es rund 100 000 Festmeter weniger lieferte als im Jahr 1930. Aus Rußland kamen im letzten Jahr 373 000 Festmeter oder 24,5 Prozent der Gesamteinfuhr. Dann folgen Finnland mit 17,2 Prozent, die Tschechoslowakei mit 16,2 Prozent, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 13,0 Prozent. Alle anderen Länder bleiben unter 10 Prozent. Dazu gehört auch Polen, das in den letzten drei vorausgegangenen Jahren der beste Schnittholzlieferant war. Daß es jetzt mit an letzter Stelle steht, kommt daher, daß die deutsche Grenze für polnisches Schmitt-

Übersicht über die Nadelholzeinfuhr nach Ländern.

Herkunfts-länder	Nadelrundholz in 1000 fm							Nadelschnittholz in 1000 fm Rohnutzholz						
	1931	1930	1929	1928	1927	1926	1913	1931	1930	1929	1928	1927	1926	1913
Gesamteinfuhr	1047	2071	2579	4273	4891	2636	4755	1519	3475	4229	6081	5203	2318	4512
Davon aus:														
Rußland	291	413	252	139	176	62	2827	373	477	453	324	198	118	1061
Prozent	27,8	19,9	9,8	3,3	3,6	2,4	59,5	24,5	13,7	10,7	5,3	3,8	5,1	23,5
Polen	102	400	702	1412	2280	1136	—	91	910	1005	1471	736	420	—
Prozent	9,7	19,8	27,2	33,0	46,8	43,1	—	6,0	26,2	23,8	24,2	14,2	18,1	—
Lettland	2	22	93	92	28	16	—	13	53	47	50	66	17	—
Prozent	0,2	1,0	3,6	2,1	0,6	0,6	—	0,9	1,5	1,1	0,8	1,1	0,7	—
Litauen	23	53	87	55	38	39	—	35	70	95	38	35	9	—
Prozent	2,2	2,6	3,4	1,3	0,8	1,5	—	2,3	2,0	2,2	0,6	0,7	0,4	—
Finnland	93	255	284	443	387	325	—	262	649	779	938	975	610	950
Prozent	8,9	12,1	11,1	10,4	7,9	12,3	—	17,2	18,6	18,4	15,4	18,7	26,3	21,1
Osterreich	99	320	380	851	456	173	—	54	114	237	867	839	128	—
Prozent	9,5	15,5	14,7	19,9	9,3	6,6	—	3,6	3,2	5,6	14,3	16,1	5,5	—
Tschechoslowakei	417	572	691	1198	1469	823	—	246	246	286	622	938	352	—
Prozent	39,9	27,6	26,8	28,0	30,2	31,2	—	16,2	7,1	6,7	10,2	18,0	15,2	—
Rumänien	—	2	—	—	—	—	—	113	171	527	585	483	166	72
Prozent	—	0,1	—	—	—	—	—	7,4	4,9	7,7	9,6	9,3	7,2	1,6
Schweden	5	5	10	—	—	—	—	115	330	464	472	460	263	1021
Prozent	0,5	0,2	0,4	—	—	—	—	7,6	9,5	11,0	7,8	7,7	11,3	22,6
Verein. Staaten v. Amerika	4	9	6	13	6	4	5	197	419	484	528	387	162	706
Prozent	0,4	0,4	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1	13,0	12,0	11,4	8,7	7,4	7,0	15,6

holz seit Januar 1931 gesperrt ist. Die 91 000 Festmeter, die trotzdem eingeführt wurden, stammen aus früheren Käufen deutscher Händler oder sind mit besonderer Genehmigung der deutschen Behörden eingeführt worden.

Erhöhung der Holzzölle

Am 6. Februar, an dem Tage, an dem diese Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ gedruckt werden muß, wird bekannt, daß die Reichsregierung eine Erhöhung der Hartholzzölle beschlossen hat. Wir kommen in der nächsten Nummer auf diese Sache zurück.

Möbelpreise und Preisabbauaktion

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hatte kürzlich Vertreter der Unternehmervverbände der Möbelindustrie zu Verhandlungen über die Möbelpreise geladen. Das Ergebnis ist folgende Pressemeldung:

„Bei den Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit der Vereinigung der Engros-Möbelhersteller Deutschlands wurde festgestellt, daß die Preisbildung für Möbel aller Art völlig frei ist und daß Preissenkungen im Laufe des letzten Jahres eingetreten sind, die über die Sätze hinausgehen, die in der Notverordnung für preisgebundene Waren vorgeschrieben wurden.“

Die Vereinigung der Engros-Möbelhersteller bemerkt zu dieser Veröffentlichung: „Der Reichskommissar hat damit anerkannt, daß Preissenkungen bei der Möbelindustrie nicht mehr möglich sind und nicht mehr gefordert werden können.“ Gegen diese Schlussfolgerung läßt sich nichts sagen. Auch wir vertreten die Ansicht, daß die Möbelpreise ab Fabrik im allgemeinen die heute mögliche unterste Grenze erreicht haben. Einen weiteren Abbau müßten viele sonst gesunde und gutgeleitete Unternehmungen mit der Vernichtung ihrer Existenz bezahlen. Das liegt nicht im Interesse der Möbelindustrie und auch nicht in dem der Gesamtwirtschaft.

Anders steht es mit den Möbelpreisen im Einzelhandel. Wenn die Möbelfabrikanten behaupten, daß auch hier ein Preisabbau nicht mehr möglich sei, so sind wir anderer Ansicht. In der Veröffentlichung des Unternehmervverbandes heißt es: „In den Verhandlungen mit dem Preiskommissar über die Handelsspanne vertraten wir den Standpunkt, daß nach unserer Auffassung die Handelsspanne nicht zu groß sei, vielmehr sei eher anzunehmen, daß viele Möbelfändler sich mit einem zu kleinen Nutzen begnügen, da so zahlreiche Zusammenbrüche im Möbelhandel zu verzeichnen seien.“

Der Hinweis auf die zahlreichen Zusammenbrüche im Möbelhandel scheint uns nicht die richtige und vor allem keine ausreichende Antwort auf die Frage zu sein: Ist die Handelsspanne im Möbelhandel zu groß oder zu klein? Rein theoretisch gesehen ist es richtig, daß, je höher der Handelsaufschlag ist, um so mehr verdient der Händler. In der Praxis sehen die Dinge aber doch etwas anders aus. Dem Händler nutzt ein hoher Handelsaufschlag nur so lange etwas, wie dieser den Verkaufspreis nicht so stark erhöht, daß er für den Käufer unerschwinglich ist. Tritt dieser Umstand ein, dann verdient der Händler zwar je Stück einen höheren Betrag, in einem bestimmten Zeitabschnitt aber weniger, da der Umsatz zurückgegangen ist.

Die Möbelfändler haben, um überhaupt noch etwas verkaufen zu können, mit den Preisen merkbar heruntergehen müssen, trotzdem arbeiten sie auch heute noch mit einem Aufschlag, der in einem argen Mißverhältnis zu den Preisen ab Fabrik steht. Wenn uns entgegengehalten wird, daß die Handelsspanne so hoch sein muß, um überhaupt existieren zu können, so wird damit

lediglich bewiesen, daß im Möbelhandel irgend etwas nicht stimmt. Vielleicht gibt es zuviel Möbelhandlungen. Solange das Möbelgeschäft flott ging, hatten alle reichlich zu tun, jetzt, bei dem stark verringerten Umsatz, verdienen viele kaum noch die tatsächlichen Geschäftskosten. Damit müssen sie sich im „freien Spiel der Kräfte“ abfinden. Den Möbelkäufern kann nicht zugemutet werden, deshalb höhere Möbelpreise zu zahlen, damit die viel zu vielen Möbelfändler noch einigermaßen leben können. Eine solche Politik liegt auch nicht im Interesse der Möbelindustrie.

Zum Schluß noch folgendes: In den Reklameanzeigen vieler Möbelfändler ist zu lesen, daß jetzt der richtige Zeitpunkt für den Möbelkauf sei, denn die Preise hätten den niedrigsten Stand erreicht, sie lägen vielfach unter dem Vorkriegsniveau. So allgemein stimmt das nicht. Richtig ist, daß Leute, die z. B. für eine Zimmereinrichtung 1500 Mk. und mehr ausgeben können, heute billiger kaufen als in der Vorkriegszeit, und wahrscheinlich auch billiger als in den nächsten Jahren. Diese Leute sparen Geld, wenn sie jetzt kaufen. Aber die Möbel, die eine Arbeiterfamilie sich kaufen kann und braucht, waren in der Vorkriegszeit billiger als heute. Die Arbeitermöbel haben keinen so verhältnismäßig starken Preisabbau aufzuweisen wie die Möbel für das sogenannte bessere Publikum. Das war schon immer so und dabei wird es auch wohl bleiben. Selbst wenn die Möbel im Einzelhandel in der nächsten Zeit noch billiger werden sollten — was wir für wünschenswert und auch wirtschaftlich für möglich halten —, die Arbeitermöbel werden doch verhältnismäßig teuer sein als die Bürgermöbel. Das brauchte nicht zu sein, aber schließlich gilt auch hier der privatkapitalistische Grundsatz: Wer hat, dem wird gegeben, und wer nichts hat, dem wird auch das Letzte noch genommen.

Die Arbeitermöbel werden doch verhältnismäßig teuer sein als die Bürgermöbel. Das brauchte nicht zu sein, aber schließlich gilt auch hier der privatkapitalistische Grundsatz: Wer hat, dem wird gegeben, und wer nichts hat, dem wird auch das Letzte noch genommen.

Die Arbeitermöbel werden doch verhältnismäßig teuer sein als die Bürgermöbel. Das brauchte nicht zu sein, aber schließlich gilt auch hier der privatkapitalistische Grundsatz: Wer hat, dem wird gegeben, und wer nichts hat, dem wird auch das Letzte noch genommen.

Verhandlungen über die französische Möbeleinfuhr

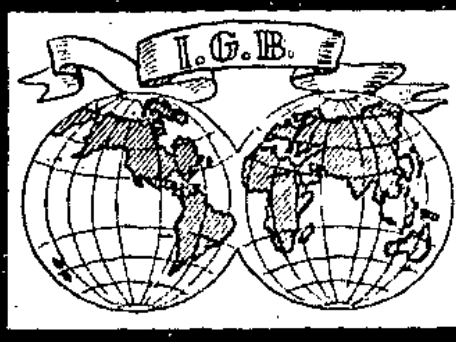
In Frankreich fordern die Möbelfabrikanten seit langem eine fühlbare Einschränkung der Möbeleinfuhr. Zunächst war von einer Erhöhung des Einfuhrzölles die Rede, jetzt fordern sie eine Kontingentierung der Möbeleinfuhr. Kürzlich fanden Verhandlungen zwischen Vertretern des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie und solchen der französischen Unternehmervverbände statt, die zu einer Verständigung aber nicht führten. Auf welcher Grundlage die deutschen Möbelfabrikanten eine Verständigung erstrebt haben, wird in dem veröffentlichten Bericht nicht gesagt. Es heißt darin nur, daß die Verständigung vorläufig nicht möglich war, „weil die französische Delegation in ihrem Schlußangebot eine 50prozentige Reduzierung der durchschnittlichen Einfuhr der Jahre 1930 und 1931 forderte.“

Im Jahre 1930 führte Deutschland nach Frankreich 3724 Doppelzentner Möbel aus, und 1931 waren es 5986 Doppelzentner, im Durchschnitt beider Jahre also 4430 Doppelzentner. Nach dem französischen Vorschlag soll das Kontingent die Hälfte dieser Menge betragen, mithin nur etwa 2200 Doppelzentner.

Ins Saargebiet gingen 1930 39 319 Doppelzentner deutsche Möbel, und 1931 waren es noch 28 774 Doppelzentner. Hier soll scheinbar eine künstliche Einfuhrbeschränkung nicht erfolgen, sofern Deutschland dafür sorgt, daß die ins Saargebiet ausgeführten deutschen Möbel auch im Saargebiet bleiben und nicht nach Frankreich weiterverkauft werden. Die von den Deutschen in dieser Hinsicht angebotenen Sicherheiten wurden von den Franzosen als unzureichend abgelehnt. Trotz der vorhandenen Gegensätze sind die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern nur auf kurze Zeit vertagt worden, so daß man hoffen darf, daß es schließlich doch noch zu einer für beide Teile annehmbaren Verständigung kommt.



Gewerkschaftsbewegung



Lohnpolitik der Scharfmacher

Als in dem bekannten Schwank der Besitzer des Hundes, der das Kaninchen totgebissen hatte, dazu angehalten wurde, Ersatz zu leisten, weigerte er sich mit der Begründung, „das Kaninchen hat angefangen“. Den gleichen Dreh macht der „Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, indem er die Behauptung aufstellt, daß die Gewerkschaften Schuld tragen an der vierten Notverordnung, welche eine so gewaltige Senkung nicht nur der Nominallöhne, sondern der Lebenshaltung der Arbeiter gebracht hat.

Der „Arbeitgeber“ beläßt es nicht bei seiner Behauptung, er sucht sie auch zu beweisen:

„Ohne die gewerkschaftliche Politik der letzten Jahre und die von ihr und den ihr nahestehenden Parteien stark beeinflusste Sozial- und Steuerpolitik des Staates wäre wahrscheinlich diese Notverordnung mit ihren scharfen Eingriffen in deutsches Leben, mit ihren schlagartigen Abbaumaßnahmen nicht nötig gewesen... Hätten die Gewerkschaften auf das unwirtschaftliche Hochtreiben der Löhne verzichtet, wäre heute wahrscheinlich die Massenkaukraft der deutschen Arbeiterschaft größer... Der Staatseingriff, dessen eifrigste Verfechter die Gewerkschaften waren, kehrt sich heute gegen sie selbst. So wurzelt die Methode, die von dieser Notverordnung angewandt wird, in der Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre. Die Gewerkschaften haben daher am wenigsten Anlaß, über die jüngste Notverordnung zu erstaunen... Historisch gesehen tragen gerade die Gewerkschaften ein gerüttelt Maß von Verantwortung für die letzte Notverordnung, die zum großen Teil eine gewaltsame Reaktion auf die Gewerkschaftspolitik der Vergangenheit und ihre Folgen ist, und einen Staatssozialismus der Aufblähung mit einem methodisch ebenso bedenklichen Staatssozialismus der Einschrumpfung quittiert.“

Diese Sätze sind der Nummer 1 des „Arbeitgeber“ entnommen. Daß sie besonders beweiskräftig wären, wird man nicht behaupten können. Ihr Grundgedanke ist, daß es für die Arbeiter nützlich sei, wenn sie sich bescheiden mit dem Lohn begnügen, den die Unternehmer für angemessen halten. Das ist die Auffassung, der die Heroen des Scharfmachertums, die Bueck und Stumm, schon vor Jahrzehnten Ausdruck gegeben haben und die ein hoher Kirchenfürst einst mit dem einem Apostel in den Mund gelegten Wort umschrieb: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben, bis ihn sein Herr freiwillig aus der Knechtschaft erlöst.“

Diese Auffassung ist, wenn sich auch das Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erneut zu ihr bekennt, reichlich veraltet. Die Arbeiterschaft hat kein Verständnis dafür, daß sie hungern und darben soll, auf daß der Profit des Unternehmertums nicht Not leide. Die Gewerkschaften werden nach wie vor bemüht sein, den Lohn auf eine Höhe zu bringen, die dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Man könnte, wollte man nach der Methode des „Arbeitgebers“ argumentieren, mit viel leichterer Mühe den Nachweis führen, daß es die Unternehmer waren, die „Wirtschaftsführer“, wie sie sich so selbstbewußt nennen, deren Wirtschaftspolitik zu einem guten Teil Schuld trägt an dem Notstand, den die Machtveränderung durch die Notverordnung zu meistern trachtet. Wir verzichten darauf und beschränken uns auf die Feststellung, daß für die Arbeiter und ihre Angehörigen, daß für die Gewerkschaften, Arbeiterlöhne und Lebenshaltungskräfte in enger Beziehung zueinander stehen. Durch die Notverordnung ist trotz der entgegenstehenden Versprechungen der Vertreter der Reichsregie-

rung, ein Mißverhältnis entstanden. Die Gewerkschaften werden es als ihre Aufgabe betrachten, dieses Mißverhältnis auszugleichen. Würden durch Staatsgewalt die Löhne gesenkt, dann müssen zum mindesten in gleichem Maße die Preise der Lebensbedürfnisse herabgesetzt werden. Ist das nicht möglich, dann muß das Lohnniveau erhöht werden.

Das Unternehmertum ist anderer Meinung. Es ist mit der gewaltsamen Beschneidung der Löhne durch die Notverordnung nicht zufrieden. Im Jahre 1932 sollen, so wollen es die Unternehmer, die Löhne weiter energisch gesenkt werden. Voraussetzung für die Preissenkung ist eine vorherige Senkung der Löhne. Der „Arbeitgeber“ kleidet in seiner Nummer 2 die Wünsche des Unternehmertums in folgende Worte:

„Die lohnpolitische Bedeutung des Jahres 1932 wird nun darin bestehen, die Fiktion von der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Bedingtheit von Lohn- und Preissenkung und der Aufrechterhaltung der Einzelkaukraft des Lohnes zu zerstören. Erst mit der anerkannten Auflösung und Preisgabe dieser Fiktion, erst mit der Tatsache, daß die Kaukraft des Einzellohnes in der Tat gesenkt worden ist, daß Kaukraft von den Lohnempfängern auf die Erzeuger übertragen worden ist, daß Preissenkungen im Rahmen der Rentabilität nur organisch den Unkosten- und damit auch den Lohnsenkungen folgen können und nicht mehr umgekehrt — erst mit diesem Durchbruch neuer Proportionen und ihrer Anerkennung wird die lohnpolitische Korrektur in Deutschland abgeschlossen sein.“

Die Ankündigung der Scharfmacher zwingt die Arbeiter zu verschärfter Wachsamkeit. Die Durchführung der Pläne des Unternehmertums muß verhindert werden. Mögen sich alle Arbeiter bewußt sein, daß es gilt, die Kraft der Gewerkschaften mit allen Mitteln zu stärken, wenn nicht das Unternehmertum triumphieren soll.

Gewerkschaften und freiwilliger Arbeitsdienst

In einer Betrachtung über die Arbeitslosigkeit beschäftigt sich die „Gewerkschafts-Zeitung“ auch mit den Notstandsarbeiten und dem freiwilligen Arbeitsdienst.

Die Notstandsarbeit verliert immer mehr an Bedeutung. Mitte 1931 wurden kaum 60 000 Notstandsarbeiter beschäftigt. Ende November nur noch etwa 23 000. Es habe den Anschein, als beabsichtige man, die Notstandsarbeiten bisheriger Art überhaupt einzustellen, um die hierfür verfügbaren Mittel für Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes zu benutzen.

Der freiwillige Arbeitsdienst wird nicht grundsätzlich verworfen. Es wird anerkannt, daß es sich dabei auch um ein seelisches Problem handelt. Man muß den Arbeitslosen der zermürbenden Tatenlosigkeit entreißen. „Wir schätzen“, so heißt es in dem Aufsatz, „den sittlichen Wert der Arbeit zu hoch, um zu verkennen, daß auch diese Form der Arbeit eine Wohltat sein kann. Schafft man im freiwilligen Arbeitsdienst aber Arbeiten, die dem freien Arbeitsmarkt entzogen werden, verwendet man die für Notstandsarbeiten bereitgestellten Mittel für den Arbeitsdienst, so wird unermesslicher Schaden angerichtet. Der Drang der Arbeitslosen nach Beschäftigung, ihre Flucht vor dem niederdrückenden Müßiggang wird dann zum schlimmsten Lohndruck mit allen für den gesamten Arbeitsmarkt so schlimmen Folgen.“

Die Zahl der Arbeiter, die zur Zeit durch genehmigte Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt werden können, wird auf 13 000 bis 15 000 geschätzt. Der freiwillige Arbeitsdienst hat aber eifrige Befürworter, die ohne Rücksicht auf den allgemeinen Arbeitsmarkt den freiwilligen Arbeitsdienst verallgemeinern wollen. Hier-

gegen muß mit allen Kräften Front gemacht werden. Was am freiwilligen Arbeitsdienst wertvoll ist, soll unterstützt werden. Wo immer er aber zur Gefahr für den freien Arbeitsmarkt wird, muß er mit äußerster Energie abgewehrt werden.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ wendet sich auch gegen die von einzelnen Gemeinden angewandten Methoden der Arbeitsbeschaffung. Einzelnen Unternehmern wird angeboten, Wohlfahrtserwerbslose zu beschäftigen, wofür ihnen ein Zuschuß aus den ersparten Unterstützungsgeldern gewährt wird. In gleichem Sinne verhandelt der Städtetag mit der Reichspostverwaltung, die pro Tag 2 Mk. für jeden einzustellenden Wohlfahrtserwerbslosen erhalten soll. Für die Reichspost, die 2500 Stamarbeitern gekündigt hat, wäre das gar kein übles Geschäft. Aber auch für die Gemeinden handelt es sich nicht um eine wirkliche Arbeitsbeschaffung, sondern nur um das Streben, zur eigenen Entlastung die Wohlfahrtsunterstützten wieder auf die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung abzuschieben. Das wird erreicht, wenn es gelingt, die Wohlfahrtserwerbslosen für die ihnen zum Erwerb einer neuen Anwartschaft erforderliche Zeit in Arbeit zu bringen. Den betroffenen Arbeitern ist es zu gönnen, wenn sie, wenn auch nur für kurze Zeit, Beschäftigung finden und dazu die Möglichkeit, wieder in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung zu treten. Aber lohnpolitisch besteht die Gefahr, daß die dergestalt mit beträchtlichem Lohnzuschuß arbeitenden Betriebe auf die Löhne der übrigen Betriebe drücken. Allgemeiner durchgeführt, müßte ein solches System die Wirtschaft völlig durcheinanderbringen.

An dem freiwilligen Arbeitsdienst ist im Hinblick auf die hierfür hauptsächlich in Frage kommenden Arbeiten der Baugewerksbund in besonderem Maße interessiert. Er beschäftigte sich damit auf einer Beiratstagung am 21. und 22. Januar und kam zu dem Ergebnis, daß der freiwillige Arbeitsdienst vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu verworfen sei. Der freiwillige Arbeitsdienst Leistende habe weder Anspruch auf Tariflohn noch Betriebsvertretung, seine Sozialrechte sind eingeeengt. Zudem erweise die Praxis, daß ein solcher Arbeitsdienst vielfach teurer zu stehen komme, als wenn eingearbeitete Bauarbeiter die Arbeiten zum Tariflohn ausführen würden.

Auch gegen die vorstädtische Kleinsiedlung erhebt der Baugewerksbund ernste Bedenken wegen der Bestrebungen, den Bauarbeiter bei der Errichtung der erforderlichen Baulichkeiten möglichst auszuschalten. Auf der Beiratstagung wurde dazu ausgeführt, daß für die Siedlungsbauten der Massivbau das einzig Richtige sei, sonst würde am falschen Platz gespart. Ferner muß man bei dieser Arbeit die Bauarbeiter einschalten, um zu einer praktischen und nützlichen Aufführung der benötigten Baulichkeiten zu kommen. Dem Reichsarbeitsminister ist unterm 21. Januar ein Schreiben zugeleitet worden, worin der Deutsche Baugewerksbund darauf aufmerksam macht, daß es bei sparsamer Materialwirtschaft und rationeller Arbeitsorganisation möglich sei, auch bei tarifmäßiger Lohnzahlung mit den in Aussicht genommenen Mitteln Häuser in Massivbau zu errichten, die allen an sie gerichteten Anforderungen entsprechen.

Wie die RGO. kämpft und siegt

Wenn man der „Roten Fahne“ glauben wollte, dann wäre nicht nur die kommunistische Partei, sondern auch die RGO. in unwiderstehlichem siegreichem Vormarsch und die freien Gewerkschaften wären bereits zerschmettert. Die Nachrichten der kommunistischen Presse vom gewerkschaftlichen Kriegsschauplatz können getrost den Vergleich mit den Bulletins des Kriegspressepartiers unrühmlichen Angedenkens aushalten. Kürzlich hat die „Rote Fahne“

unter der Überschrift „100 siegreiche RGO.-Streiks“ eine Liste veröffentlicht, in welcher der Grundsatz, daß mit der Lüge und dem Verschweigen der Wahrheit kommunistische Agitation betrieben werden müsse, Orgien feiert. In der Tagespresse ist diese Liste, in der „Streikandrohungen“, „Streikbereitschaften“, „Kampfmobilisierungen“ und ähnliche Scherze die Hauptrolle spielen, genügend zerzaust worden.

Wo die RGO. Streiks veranstaltet, da ist das Ergebnis regelmäßig eine Niederlage der Arbeiter. Der zuständigen Gewerkschaft überläßt man es dann, den Schaden, den die RGO. den Arbeitern zugefügt hat, so weit wie möglich zu reparieren. Zum Dank wird sie dann mit Dreck beworfen. Einer, der durch Schaden klug geworden ist, ein ehemaliges Mitglied der Bezirksleitung der RGO. und Mitglied des Betriebsrats, der Arbeiter Georg Christner, hat seine Erfahrungen bei dem wilden Streik in der Hanauer Quarzlampefabrik in einem Offenen Brief niedergelegt, der nur die Erfahrungen bestätigt, die auch viele andere Arbeiter gemacht haben, welche sich von der RGO. betören ließen. In diesem Offenen Brief heißt es u. a.:

„Richtig und unzweideutig wurden mir die Augen über die RGO. bei unserem Streik geöffnet. Es ist wohl bei keiner Aktion wie bei dieser soviel geschwindelt worden. Nicht allein, daß man die betreffenden Belegschaften organisatorisch auf gemeinsame belog, ließ man sie auch völlig im unklaren über die Unterstützungsaktion. Man versicherte ihnen, sie würden voll und reichlich unterstützt. Wie es in Wirklichkeit aussah, nur ein Beispiel an meiner Wenigkeit. Seit Beginn des Streiks am 26. November bis zum heutigen Tage habe ich an Unterstützung von der RGO. ganze 18 Mk. bekommen. Ja, ich war gezwungen, nur um einige Pfennige in die Hand zu bekommen, mit einer Sammelliste betteln zu gehen, da die Bezirksleitung der RGO. in Frankfurt entweder nicht den geringsten organisatorischen Einfluß im Wirtschaftsgebiet hat oder das Geld der 500 Sammellisten, die sie ausgegeben haben will, für andere Zwecke verwandt hat.“

Beides zeigt das wahre Gesicht dieser Organisation. Die RGO. ist nicht in der Lage, irgend etwas zu finanzieren, sondern leitende Persönlichkeiten in diesen Stellen, die Bezirksleitung der RGO. Frankfurt sowie der Parteisekretär der KPD, in Hanau, erklären brutal: „Wenn kein Geld da ist, kann auch keines ausgezahlt werden.“ Trotzdem man vorher immer betonte, daß die Streikenden sowie Gemäßregelten reichlich unterstützt werden, verwies man sie an das Wohlfahrtsamt. Man kümmert sich um diese Opfer überhaupt nicht mehr, man überläßt sie ihrem Schicksal, währenddem man in anderen Teilen von Deutschland draußlos lügt von einem großen Sieg der RGO. in Hanau.

Kollegen! Ich warne euch: Solltet ihr jemals wieder Gelieste verspüren, den Parolen der RGO. Folge zu leisten, so ruft euch unser Fiasko vor Augen. Ich wünsche, daß jeder Kollege, jeder Arbeiter erkennen möge, daß seine wahren Interessen in den alten Verbänden mit ehrlichem, verantwortungsvollem Fundament nur allein vertreten werden können, nicht aber von einer Organisation, der jegliches Verantwortungsgefühl fehlt.

Kollegen! Ich sage euch alles vom ehrlichen, klassenbewußten Proletarierstandpunkt aus. Haltet euch in Zukunft an eure Verbände, sorgt auch hundertprozentig organisatorisch dafür, daß dieselben durch ihre Machtpositionen das werden, was uns zum proletarischen Siege führen kann. Nur die freien Gewerkschaften sind dazu berufen!

Diesem Bekenntnis ist nichts hinzuzusetzen. Es sollte insbesondere dort in Erinnerung gebracht werden, wo sich die RGO. bemüht, die Belegschaft eines Betriebes „streikreif“ zu machen.



Unterhaltung und Wissen



Winton
Samuel
der
Sückerde

6. Fortsetzung.
Copyright by Malik-Verlag AG., Berlin.

Fünftes Kapitel.

Im Polizeirevier saß ein fetter Sergeant schlummernd auf seinem Thron. „Wieder ein Vagabund“, erklärte der Polizist, als lohne es sich nicht, aufzuwachen. „Was hat er angestellt?“ erkundigte sich der Sergeant. „Er schleppt unter einem Tor“, lautete die Antwort.

Samuel hatte nun bereits die Sinnlosigkeit jedes Protestes erkannt. Mit stummer Verzweiflung fügte er sich in sein Schicksal, gab die verlangten Informationen: Samuel Prescott, siebzehn Jahre alt, gebürtig in Euba Corner, Landarbeiter, noch nicht vorbestraft.

„Gut.“ Und der Polizeisergeant nickte abermals ein. Samuel wurde abgeführt, durchsucht und in eine Zelle gesteckt. Krachend fiel die Eisentür ins Schloß.

Nun war er allein, konnte sich ganz seinem Schmerz hingeben. Dies war für ihn der Höhepunkt der Schande und des Entsetzens: zuerst betteln müssen, dann eingesperrt werden! Nun wußte er, was mit hungernden Arbeitslosen geschieht.

Weinend lag er da. Plötzlich aber setzte er sich auf. Aus der Nachbarzelle gellte ein Schrei, ein furchtbarer, erschreckender Ton, der mehr dem Schrei einer Wildkatze als dem eines Menschen glich. Samuel lauschte mit pochendem Herzen.

Von der anderen Seite des Korridors klang eine Stimme: „Halt das Maul, du Hexe!“ Und nun verwandelte sich der Arrest in eine Irrenanstalt. Die Frau, Samuel erkannte, daß es eine Frauenstimme war, brach in wilde Schreie und Flüche aus. Noch nie hatte der Bursche so fürchtbare Obszönitäten und empörende Blasphemien gehört; — er hatte gar nicht geahnt, daß es im Leben eine derartige Verderbtheit gebe. Es war, als wäre eine Senkgrube explodiert; — und all der Schmutz kam aus dem Munde einer Frau!

Das Gebrüll währte etwa zehn Minuten, bis es Samuel schien, als sei alles Schöne und Heilige im Leben für immer besudelt und beschmutzt. Dann kam ein Gefängniswärter herbeigeeilt, stellte fluchend die Ruhe wieder her.

Samuel legte sich von neuem nieder, und nun machte er eine weitere Entdeckung. Er fühlte ein scharfes Jucken, das ihn zwang, sich überall zu kratzen. Schließlich wurde ihm klar, daß er auf einer völlig verlausten und verwanzten Matratze lag. Er schnellte auf. Wilder Zorn kam ihm an. Noch nie hatte er derartiges erlebt, denn sein Heim war sauber gewesen. Das ist die höchste Gemeinheit, — sie haben ihn, den Hilflosen, in ein schmutziges Loch eingeschlossen, wo er von Läusen und Wanzen aufgefrisst wird.

Am Morgen brachte man ihm Kaffee und Brot; dann wurde er auf das Polizeigericht geführt.

Es war ein großer, weißgetünchter Raum, zwischen den Zuhörern befanden sich zwei Polizisten: einige Männer saßen schreibend an Tischen. Die Gefangenen standen stumpf und mürrisch dreinblickend in einer Art Verschluss. Einer nach dem anderen traten sie an die Schranken, stellten sich dem Richter gegenüber. Einige halblaute Worte, und der Gefangene zog sich zurück. Das Ganze schien eine Sache der Routine zu sein, die man sich in Hunderten von Jahren angeeignet hatte. Der ältliche, grauhaarige Richter nutzte wie ein verkleideter wohlhabender Geschäftsman.

Nun kam Samuel an die Reihe. Er stand vor den Schranken. Sein Name wurde verlesen sowie die Anklage: „Landsreicherei.“ „Nun“, fragte der Richter nachsichtig. „Was haben Sie vorzubringen?“

Samuel schöpfte tief Atem. „Es ist nicht meine Schuld, Herr“, begann er.

„Herr Richter“, soufflierte der Polizist, der neben Samuel stand.

„Herr Richter. Ich verlor mein ganzes Geld. Ich suchte Arbeit, Herr Richter.“

„Haben Sie in der Stadt Freunde?“

„Nein, Herr Richter.“

„Seit wann sind Sie hier?“

„Erst seit gestern, Herr Richter.“

„Wie kamen Sie her?“

„In einem Lastzug, Herr Richter.“

„Ich verstehe. Nun, Sie kamen an den falschen Ort. Wir in Lockmanville wollen mit dem Landstreichertum aufräumen. Dreißig Tage. Der nächste.“

„Herr Richter!“ keuchte Samuel.

„Der nächste“, wiederholte der Richter.

Der Polizist schickte sich an, Samuel abzuführen. Dieser rief verzweifelt: „Herr Richter, werfen Sie mich nicht ins Gefängnis!“ Er wehrte sich gegen den Polizisten, jammerte: „Es ist nicht meine Schuld. Ich bin ein ehrlicher Bursche, suchte nach Arbeit. Habe nichts Böses getan. Sie töten mich, wenn Sie mich einsperren. Erbarmen Sie sich! Erbarmen Sie sich!“

Der Polizist schüttelte den Burschen, doch lag in Samuels Jammer eine derartige Aufrichtigkeit, daß der Richter sprach: „Warten Sie.“

„Ist es denn meine Schuld, daß ich bestohlen wurde?“ Samuels Worte überstürzten sich. Er wollte die Gelegenheit ausnützen. „Was sonst sollte ich tun, als um Arbeit bitten? Ich bin ehrlich erzogen worden, Herr Richter. Mein Vater wäre gestorben, hätte er gewußt, daß ich ins Gefängnis komme. Ich wurde zur Arbeit erzogen.“

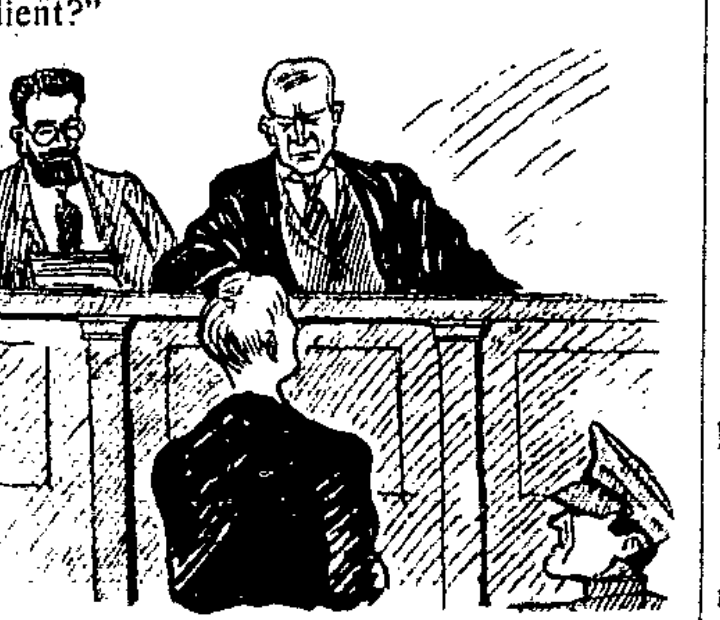
„Wer war Ihr Vater?“ fragte der Richter.

„Er hieß Ephraim Prescott und war Farmer. Sie können in Euba Corner alle Leute nach ihm fragen. Er hat den Krieg mitgemacht, wurde viermal verwundet. Wäre er hier, er würde Ihnen sagen, daß ich das Gefängnis nicht verdient habe.“

Einen Augenblick herrschte Schweigen.

Dann fragte der Richter:

„In welchem Regiment hat Ihr Vater gedient?“



„Im siebenten Pennsylvanischen, Herr Richter.“

„Vorsicht, mein Junge“, sagte der Richter streng. „Versuchen Sie nicht, mich zu belügen.“

„Ich will Sie nicht belügen, Herr Richter“, wehrte sich Samuel.

„Zu welcher Brigade gehörte das siebente Pennsylvanische Regiment?“

„Zur dritten Brigade, Herr Richter.“

„Wer kommandierte diese Brigade?“

„General Anderson, — das heißt, bis er bei der Schlacht von Chancellorsville fiel. Mein Vater hat diese Schlacht mitgemacht.“

„Auch ich war dabei“, erklärte der Richter.

„Der Vater erzählte mir häufig davon“, fuhr Samuel eifrig fort. „Seine Brigade war am rechten Flügel, sie hatten eine doppelte Reihe Gräben. Und die Rebellen machten einen Kavallerieangriff. Sie griffen zwölfmal an einem Tage an; große Bäume wurden von den Geschossen zerschmettert. Mein Vater sagte, die Rebellen hätten nie so erbittert gekämpft wie damals.“

„Ich weiß es“, befahl der Richter. „Ich gehörte zu ihnen.“

Alle lachten, und Samuel errötete heftig. „Verzeihen Sie, Herr Richter“, sammelte er.

„Schon recht.“ Und dann fügte der Richter hinzu: „Um Ihres Vaters willen, Sa-

muel, wollen wir Ihnen noch eine Chance geben. Aber lassen Sie sich nicht wieder hier sehen.“

„Nein, Herr Richter“, erwiderte Samuel rasch. Fragte dann zögernd: „Aber was kann ich tun?“

„Verlassen Sie Lockmanville.“

„Aber wie? Ich habe kein Geld. Wenn Sie mir Arbeit verschaffen könnten, Herr Richter?“

Jung sein

Ja — jung sein und in heißer Ungeduld Mutvoll zu streiten für ein großes Leben — Aus schwerer Menschenschuld den Geist erheben, Als Sieger über die befreite Erde schreiten.

Ja — jung sein, doch voll reifer Zuversicht, Schwungstark zu sprengen dieses Daseins Härte — Ein neues Gleichgewicht der Welt zu geben — Den Kraftstrom quer durch unser Herz zu zwingen.

Und brüderlicher und bereit zum Glück, Zum besseren Zueinander, das der Haß versperrte — Wir wollen herrlicher die Liebe blühen sehen.

Ja — jung sein — ewig jung im Sinn: Denn auch die Sonne ist noch unser Eigen. Ein neues Lied soll jauchzend in den Himmel steigen Und hallen von den Sternen brausender zurück!

Offe Ziese.

„Das kann ich leider nicht, verschaffte diese Woche bereits drei Leuten Arbeit. Ich weiß keine Anstellungen mehr.“

„Aber dann...“

„Ich werde Ihnen einen Dollar geben.“

„Herr Richter, ich will Ihr Geld nicht nehmen.“

„Sie können es mir zurückschicken, sobald Sie Arbeit gefunden haben.“ Und der Richter reichte Samuel eine Banknote. „Nehmen Sie. Der Gefangene wird entlassen. Der Nächste.“

Samuel nahm das Geld und wollte gehen; da beugte sich ein Mann, der neben dem Richter saß, vor: „Darf ich Sie unterbrechen?“

„Freilich, Professor.“

„Ich kann dem Burschen vielleicht eine Arbeit verschaffen.“

„Das wäre schön.“

„Er scheint ein junger fähiger Mensch zu sein, der Hilfe verdient.“

„Ausgezeichnet. Samuel, dieser Herr ist Professor Stewart von der Lockman-Hochschule.“

Samuel betrachtete den Professor; dieser war ein gepflegt aussehender kleiner Mann mit schwarzem Bart und goldgefaßter Brille.

„Hier ist meine Karte“, sprach der Professor. „Suchen Sie mich morgen früh auf. Ich will sehen, was sich tun läßt.“

„Danke“, entgegnete Samuel und steckte die Karte ein. Dann merkte er plötzlich, daß ihn ein Polizist nicht mehr am Arm halte und daß er frei sei. Er wandte sich um und schritt durch das Tor.

„Eine belustigende Episode“, meinte der Professor.

„Ja, sogar hier erlebt man von Zeit zu Zeit etwas Erhellendes“, erwiderte der Richter.

Samuels Herz war voller Freude. Nun ist ihm eine Möglichkeit gewährt worden. Er hat es verstanden, durch das dicke Fell der Welt zu dringen und Güte und Menschlichkeit zu finden. Freilich war es eine böse Erfahrung, aber sie wird sich nicht wiederholen.

Er schritt den Fluß entlang, folgte einer Straße, bis er an eine einsame Stelle gelangte. Hier setzte er sich ans Ufer, entkleidete sich, unterzog sich einer sorgfältigen Säuberung. Fast eine halbe Stunde lang wusch er sich den Kopf mit Sand und Wasser, kämpte das Haar mit den Fingern. Dann kamen die Kleider an die Reihe. Wenigstens die eine abscheuliche Erinnerung an die Gefangenschaft sollte verwischt werden: Als er fertig war, kleidete er sich

an und strebte dem Gasthaus zu, wo er am vorhergehenden Abend gegessen hatte.

„Hallo“, rief sein Freund Finnegan, als er den Burschen erblickte. „Sind Sie wieder da?“

„Ich kam, um Ihnen zu erklären, weshalb ich heute früh ausblieb“, sagte Samuel. „Ich konnte nicht kommen, weil ich verhaftet war.“

„Teufel!“ lachte der andere. „Nun ja, es war eine feuchte Nacht.“

„Ich werde morgen kommen“, sprach Samuel, ohne auf den Scherz einzugehen.

„Sie täten besser daran, die Stadt zu verlassen, mein Sohn“, riet Finnegan.

„Ich bin versorgt. Der Richter gab mir einen Dollar.“

„Hm. Aber auch ein Dollar währt nicht ewig.“

„Nein. Doch wurde mir Arbeit versprochen. Ein Herr, Professor Stewart, von der Hochschule...“

„Den Burschen kenne ich. Ein kleiner Kerl mit schwarzem Bart?“

„Ja“, erwiderte Samuel zögernd.

„Ich sah sein Bild in der Zeitung“, erklärte Finnegan. „Er ist ein Reformier, steckt stets in alles die Nase.“

„Vielleicht war er auch deshalb bei Gericht“, bemerkte Samuel.

„Bestimmt. Er ist Professor der Soziologie, oder wie das Zeug heißt, glaubt, daß er viel von Politik versteht. Aber bei den letzten Wahlen hat er eins abgekriegt. Dafür haben wir gesorgt.“

„Wer ist ‚wir‘?“, fragte Samuel.

„Die Organisation, die Demokraten, selbstverständlich. Die Reformier sind immer Republikaner. Das ‚bessere Element‘, das heißt, die reichen Kerle, die ihre eigenen Eisen im Feuer haben. Dieser Professor war ein Freund von Henry Lockman, — und der alte Mann hielt die ganze Stadt am Zügel. Dann aber brach vor drei Jahren ein großer Streik aus, und viele der Industriellen litten sehr darunter. Deshalb kann viel Wasser ins Meer fließen, ehe es in Lockmanville wieder ‚Reformen‘ geben wird.“

„Ich verstehe“, sagte Samuel.

„Die Reformier erheben ein großes Geschrei über die Gasthäuser und so weiter“, fügte der Barmann hinzu. „Als aber die Republikaner am Ruder waren, zahlten wir unsere kleinen ‚Nebenausgaben‘ genau so wie jetzt. Doch das brauchen Sie dem Professor nicht zu erzählen.“

„Ja“, sagte Samuel.

„Was wollen Sie jetzt anfangen?“

„Ich weiß nicht. Möchte vor allem etwas essen.“

„Trinken Sie ein Glas Bier und nehmen Sie von dort drüben etwas zu essen.“

„Nein, das... das möchte ich lieber nicht“, erwiderte Samuel verlegen.

„Dann also auf Wiedersehen“, lachte Finnegan.

„Ich komme morgen früh.“ Und Samuel verließ das Gasthaus. (Fortsetzung folgt.)

Er kennt ihn!

Beim Hintermoserbauern sitzen sie alle um den Tisch und löffeln behaglich die Nudelsuppe. Da bleibt dem Bauern eine Nudel im Schnurrbart hängen. Komisch genug sieht das aus.

„Schau no grad“, stößt grinsend der sechsjährige Hiasl seinen zwei Jahre älteren Bruder an, „wos do an Vatern seiner Fotzn drohängt.“ „Geh Depp!“ kommt die verweisende Antwort. „Zum Vatern sein Riassel dari ma do net Fotzn sogn...“

Nun wird's aber dem Bauern zu dumm, und er wickelt seine beiden Sprößlinge gehörig durch, damit sie ein bißl Manier lernen. Bei dieser Prozedur kriecht der kleine Seppi mit angstvollen Augen unter die Bank. „Kimm do außa, Patschi dummer!“ ermuntert ihn der Bauer. „Dir ma i nix. Du bist ja brav gwen!“ „Na, na, Vata“, zwischert es voll Abwehr unter der Bank hervor. „i kenn di scho — du bist a Viech!“

M. S.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Sozialer Ratgeber. Von August Karsten, Mitglied des Reichstages. Verlag Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, Berlin-Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Straße 9. Preis 2 Mk. — Der „Sozialer Ratgeber“ gibt Auskunft über Mitgliedschaft, Beiträge, Ansprüche und Verfahren auf allen Gebieten der Sozialversicherung, Versorgung und der Fürsorge. Er enthält auch die wichtigsten Pfändungs- und Übertragungsbestimmungen für Rentenbezüge und Steuerfragen für Sozialrentner. Berücksichtigt sind die bis Januar 1932 vorgenommenen Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen. Für den Wert des Buches spricht sein Erscheinen in der sechsten Auflage.

Unsere Jugendfeier. Für unterhaltende und festliche Veranstaltungen. Von Walter Eschbach, 64 Seiten. Preis 1 Mk. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a. — Das Buch enthält viele Hinweise und Anregungen für die verschiedenartigen Unterhaltungsabende der Jugendgruppen. Besondere Abschnitte sind auch der Werbearbeit und den Werbeveranstaltungen, wie „Unsere Feste und Feiern“, gewidmet. In den Richtlinien für die Praxis wird dem Jugendleiter alles zugänglich gemacht, was bei solchen Veranstaltungen unbedingt zu beachten ist. Programmvorschlüsse schließen dieses Kapitel ab.

Leitfaden des Arbeitsrechts. Von Dr. Hermann Feilbach, Arbeitsgerichtsdirektor in Offenbach a. M., unter Mitwirkung von Wilhelm Seibert, Stadtschulrat in Offenbach a. M. Verlag von Julius Beltz, Langensalza, Berlin, Leipzig. Preis 1,35 Mk. — Das Büchlein ist als Hilfsmittel beim staatsbürgerlichen Unterricht in den Berufsschulen gedacht und dürfte sich für diesen Zweck sehr gut eignen. Die Verfasser geben in knapper, aber doch leicht verständlicher Form eine Einführung in die verschiedenen Zweige des Arbeitsrechts. Das Buch kann auch den Arbeitern empfohlen werden, die hier Auskunft in

manchen Fragen des Arbeitsrechts finden, die nicht jedermann ohne weiteres geläufig sind.

Regierung. Roman von B. Traven. Verlag: Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreihundstraße 5. Preis für Mitglieder der „Büchergilde“ 3 Mk. (Anmeldungen nehmen alle Ortsverwaltungen entgegen wie auch die Verlagsanstalt unseres Holzarbeiter-Verbandes). — Nun liegt von Traven wieder ein neues Buch vor. Wie alle seine Bücher handelt auch dieses von Mexiko. Mit der ihm eigenen großen Anschaulichkeit schildert er die Ereignisse zur Zeit des Diktators Porfirio Diaz, dessen Regierungsperiode gekennzeichnet ist durch die größte Schlampererei, Korruption, Herrschsucht und durch alle die Verbrechen, die das Wesen einer Diktatur sind. Dieser Form der Regierung setzt Traven die Verwaltungsreform der alten indischen Rasse entgegen. In diesen fernen Regionen haben die eingeborenen Indianer ihre Jahrhunderte alten Sitten und Gebräuche bewahrt, nicht etwa aus einer gewissen konservativen Veranlagung heraus, sondern weil sie erkannt haben, daß die Art der Verwaltung, mit der sie die weißen Eindringlinge beglückt haben, keineswegs besser ist als die zwar primitive, aber gerechte Verwaltungsreform ihrer Ahnen.

Sport und Arbeitersport. Von Helmut Wagner, Verlag Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreihundstraße 5. Preis für Mitglieder der Büchergilde 3 Mk. — Dieses neue Gildenbuch fällt zunächst dadurch auf, daß es von Anfang bis zu Ende in Kleinbuchstaben gesetzt ist. Es soll damit Freunden und Gegnern der Kleinschreibung Gelegenheit zur Klärung ihres Standpunktes gegeben werden. Das ist ein begrüßenswerter Einschluß der Büchergilde. Was das Buch selbst anbetrifft, so scheint — das ist wenigstens unsere Meinung — ein dringendes Bedürfnis danach nicht zu bestehen. Denn erst im Vorjahr ist im „Bücherkreis“ ein Buch über den Arbeitersport erschienen, und zwar aus der Feder eines Mannes — Fritz Wildung —, der zum Schreiben eines solchen Werkes uns geeigneter erscheint als Helmut Wagner. Dieser Wagner ist jener Herr, der vor einiger Zeit in dem Buch „Die Organisation im Klassenkampf“ die Dreistigkeit besaß, zu

behaupten, daß es einem großen Teil der Gewerkschaftsfunktionäre nicht um die Erhaltung der Kampfnotwendigkeiten der Arbeiterklasse gehe, sondern um die Erhaltung ihrer eigenen Existenz. Die Büchergilde sollte sich ihre Autoren künftig besser ansehen.

Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1930. Mit den Ergebnissen der Tarifbewegungen in den Jahren 1930 und 1931. Bearbeitet von Wladimir Woytinsky. Sonderheft Nr. 2 der „Gewerkschaftszeitung“. Preis 2 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Organisationen oder Buchhandlungen bezogen 1,50 Mk. — In diesem Heft erfährt die Tariffunktionäre der Verbände des ADGB, eine eingehende Behandlung. Es unterrichtet unter anderem über den räumlichen Umfang der Tarifverträge und über die Zahl der beteiligten Arbeiter, über die Art des Zustandekommens der Tarifverträge und über die Ergebnisse der Schlichtungs- und Verbindlichkeitsverfahren.

Gleitflug und Gleitflugzeuge. Von F. Stamer und A. Lippisch. Teil II: Bauanweisungen und Baueinrichtungen. Mit 10 Abbildungen und 5 Tafeln. Zweite, verbesserte Auflage. Verlag C. J. E. Volkmann Nachf., GmbH., Berlin-Charlottenburg 2. Preis 2,50 Mk. — Das Heft enthält die Baubeschreibung für den bewährten Gleitflugzeug „Zörling“. Darüber hinaus haben aber die zahlreichen Winke, die es über Werkstatt- und Material sowie über die Herstellung der einzelnen Teile enthält, größten Wert für jede der zahlreichen Bastelwerkstätten, in denen Segel- und neuerdings sogar Motorflugzeuge selbst gebaut werden.

Schallplatten-Volkverband. Der Sprechapparat erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Sehr unangenehm sind aber die hohen Plattenkosten. Diesem Uebelstand will der Schallplatten-Volkverband GmbH, Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 41-43, abhelfen, indem er eine verhältnismäßig billige, aber tonvollendete und transportierbare Schallplatte herstellt. Das Programm der Glagor-Schallplatten bringt Aufnahmen weltbekannter Künstler und Kapellen. Die 25-Zentimeter-Platte kostet 1,70 Mk., die 30-Zentimeter-Platte 2,50 Mk.

Die kostenlose Anforderung des neuesten Plattenverzeichnis lohnt sich für jeden Liebhaber ernster und heiterer Musik.

Hilfer gegen die Lebensinteressen Deutschlands. Der beabsichtigte Krieg gegen Frankreich, Rußland und die Randstaaten. Von Friedrich Wendel, Dietz-Verlag. Preis 15 Pf. — Nach Hitlers eigenem Bekenntnis in seinem Buch „Mein Kampf“ ist der Angriffskrieg Deutschlands das Kernstück seiner Politik. In der vorliegenden Broschüre kommt der Verfasser zu der Feststellung: „Wäre Hitler ein Agent des französischen Kanonenkapitals, er könnte nicht anders handeln, als er handelt.“

Das Neue Bild. Zeitschrift zur Pflege von Film und Photo in der Arbeiterbewegung. Organ des Arbeiter-Lichtbild-Bundes Deutschlands. Sitz Berlin, Durch den Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin S 12, Alexandrinenstraße 37, bezogen, kostet die Zeitschrift halbjährlich 3 Mk. Diese Zeitschrift, die auch bei der Post und jeder Buchhandlung bestellt werden kann, ist allen Interessenten bestens zu empfehlen.

Zentralkrankenkasse der Tischler und anderer gewerolicher Arbeiter, Sitz Hamburg.

Abrechnung der Hauptkasse für Januar 1932.
Eingesandte Überschüsse 20 966,57 Mk.
Zinsen und sonstige Einnahmen 11 494,95 Mk. 32 461,52 Mk.
Versandte Zuschüsse 39 242,75 Mk.
Sonstige Ausgaben 5 952,72 Mk. 45 195,47 Mk.
Mehrausgaben 12 733,95 Mk.
Th. Malchow, Hauptkassierer.

Mitteilungsblatt Nr. 8 ist zum Versand gekommen. Verwaltungsstellen, welche dieses nicht erhalten haben, wollen dies sofort dem Vorstand melden.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser Berlin.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Für nur 2,85 M. einen guten Ganzleinenband

Bonsels, Notizen eines Vagabunden. Die drei Werke „Menschenwege“, „Eros und die Evangelien“, „Narren und Helden“ in einem Bande.

Feuchtwanger, Jud Süß. Ein Roman, der seines hohen Preises wegen bisher von den breiten Massen nicht gekauft werden konnte.

Ganghofer, Ludwig. Die Martinsklause. Roman. Die 2 Bände in einem Bande (520 Seiten) Berchtesgaden mit seinen Bergriesen ist der Hintergrund dieses historischen Romans, der die tapferen und ironischen Menschen jener Epoche im Kampf mit den Naturgewalten genau schildert.

Ganghofer, Edelweisskönig. Ein Hochlandroman.

Ganghofer, Das Schweigen im Walde. Einer der besten Romane Ganghofers.

Gerb, Hauptmann. Die Insel der grossen Mutter. Hundert Frauen und ein Jüngling durch Schiffbruch auf eine Insel versenken. Die Ironie unserer Zivilisation in einem spannenden Roman voll saftiger Sittenkritik und heiterer Menschlichkeit.

P. Keller, Waldwinter. Niemand kann der packenden und glanzvollen Schilderung des Lebenswahren, in den schlesischen Bergen spielenden Romans widerstehen.

G. Keller, Der grüne Heinrich. Roman (533 Seiten). Bedeutendstes Werk Kellers.

Mahholz, Die deutsche Literatur der Gegenwart. Eine leichtfassliche Literaturgeschichte der Gegenwart, die bis zum Sommer 1930 reicht.

Th. Mann, Buddenbrooks. Roman über den Verfall einer Familie.

Raabe, Hungerpastor. Das Hauptwerk des Dichters.

Raabe, Die Chronik der Sperlingsgasse. Jubiläumsgabe mit 6 Bildern. Ein Roman, den man stets gern zur Hand nimmt und immer wieder lesen kann Scherer, Geschichte der deutschen Literatur. Die immer noch unübertroffene Gesamtdarstellung der deutschen Nationalliteratur in ungekürzter Textausgabe.

Schleich, Besonnte Vergangenheit. Lebenserinnerungen eines Menschenfreundes.

A. Schnitzler, Traum und Schicksal. Sieben der schönsten Novellen des Dichters.

Shaw, Die törichte Heirat. Ein Roman, den man nicht ohne Vorteil für sich liest.

Shaw, Künstlerliebe. Shaw meistert den Stoff dieses Romans virtuos.

Upton Sinclair, Wallstreet. Sinclair gestaltet die ganze Erbärmlichkeit dieser Welt und stellt ihr die soziale Verantwortung und Geistigkeit der Schaffenden gegenüber.

Thiess, Die Verdammten. Ein Buch von seltener seelischer Kraft und Weite ist dieser Roman einer Geschwisterliebe.

A. Zweig, Die Novellen um Claudia. In diesem Roman werden die alten Probleme der Liebe an heutigen Menschen abgewandelt.

Zola, Germinal. In den engen, kaum brusthohen Gängen der südfranzösischen Kohlenbergwerke schuften Tausende von Männern, Frauen und Halbwüchsigen ohne Schutz gegen die Gefahren der Bergwelt. In dies Milieu der Armut stellt Zola die Figur des Etienne Lantier, die in der Mühle „Fron“ zermahlen wird. Ein erschütterndes, packendes Buch.

Zola, Fruchtbarkeit. Das Evangelium der Fruchtbarkeit: als sittliches Ziel der Ehe die Familiengründung, als höchste Aufgabe des Berufs nicht das Erraffen von Reichtümern, sondern die Urbarmachung brachliegender Kräfte.

Zola, Arbeit. Ein im besten Sinne aufbauendes Werk, das Probleme staatserhaltender Arbeit und sozialer Zusammenhänge in ihren Auswirkungen aufs Leben des einzelnen zeigt.

Zola, Wahrheit. Wahrheit als Verkörperung eines gesunden Lebenswillens, Reinigung und Befreiung des öffentlichen und Familienlebens von Schmutz und Lüge, Erziehung zu Mut und Pflichtbewusstsein gegen sich und die Allgemeinheit.

Zola, Lourdes. Die Sehnsucht des Menschen nach Erlösung von Not und Krankheit, die Hoffnung auf Heilung durch das Wunder werden im Fanatismus der Wallfahrer nach dem weltberühmten Gnadensort zum Symbol des Glaubens.

Zola, Rom. Der weltbeherrschende Katholizismus, seine sichtbare und unsichtbare Macht, sein geistlicher und weltlicher Monumentalbau, von Zola meisterhaft gestaltet — eine grossartige Prophezei, deren Erfüllung wir heute erleben.

Zola, Paris. Geschäft und Politik, Reichtum und Armut, Glanz und Elend, Tanz und Tod wirbeln im Hexenkessel der Eriensstadt Paris durcheinander. Verzweifelt kämpft dagegen die Seele des Menschen, der die Welt zu bessern sich berufen fühlt.

Die vorstehend aufgeführten Werke sind nur eine kleine Reihe aus der grossen Zahl der bisher erschienenen Bände.

Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO 16

GRASERS WELTBEKANNT TAFELN

in feinstem Mehrfarbendruck in Umschlag gefalzt als Buchform für die Tasche (17,25 cm) Durchschnittliche Bildgröße der Tafeln 82:58 cm. — Feinster Mehrfarbendruck. Die Tafeln dienen zur Selbstbelehrung, zum Nachschlagen für Sammler, als Anschauungsmittel, als Hilfsmittel und als Wandschmuck. Grasers Tafeln sind außerordentlich lehrreich und anregend und für alle Unterrichtszwecke.



Einheimische Vögel

Nr. 36	Raupen mitteleuropäischer Groß-Schmetterlinge	281 Abb mit Textbl.	2,20
Nr. 3	Einheimische Schmetterlinge	142 Abb. in natürlicher Größe und Farbe	1,80
Nr. 4	Einheimische Käfer	234 farbige Abbildungen, auch der Larven	1,80
Nr. 5	Süßwasserrische	56 Arten in farbiger Abbildung	1,80
Nr. 6	Seefische	54 Arten in farbiger Abbildung	1,60
Nr. 35	Reptilien und Amphibien	26 farbige Abbildungen in natürlicher Größe	1,60
Nr. 7	Tiere und Pflanzen des Meeres und des Strandes	170 farbige Abb.	1,60
Nr. 9	Einheimische Vögel	139 verkleinerte vielfarbige Abbildungen	1,80
Nr. 9a	Einheimische Vögel in nat. Größe u. Farbe	57 Vögel in lebenswahr Darst. Vom Landes-Sachverständigen für Vogelschutz in Bayern empfohlen.	1,80
Nr. 25	Pferd-rassen	42 farbige Rassebilder in- und ausländischer Pferderassen	1,80
Nr. 25	Hinderrassen	36 farbige Rassebilder in- und ausländischer Zuchten	1,80
Nr. 27	Schaf-, Schweine-, Ziegenrassen	12 Schaf-, 16 Schweine-, 21 Ziegenrassen	1,80
Nr. 28	Kaninchentassen	34 farbige Rassebilder	1,60
Nr. 29	Hähnerrassen	56 originalgetr. Abb. der haupts. Rassen, mit Textblatt	2,20
Nr. 30	Facherrassen	72 farbige Abbildungen der hauptsächlichsten Rassen	1,80
Nr. 31	Gebirgs- und Luxus-hunde	36 farb. Bilder der hauptsächlich. Rassen	2,20

Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. / Berlin SO 16 / Am Köllnischen Park 2



Bettfedern
aus reinen, gut getrockneten
Sorgen. — Ein Kilo
graue geschlossene
2,50 Mk. halbweisse
3 Mk., weisse 4 Mk.
bessere 5 Mk., 6 Mk., daunenweiche
7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk.
u. 12 Mk., weisse ungeschl. Rupte
dem 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte
9,50 Mk. Versand franco zollfrei, gegen
Nachn. Muster frei Umtausch u. Rück-
nahme gestattet. Benedikt Sachse,
L. 6 11, Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).

Hobelbänke 60 RM.
2mtlang, Stahlspindel, kompl. in Qual
Blatt in gedieg. Rotbuche, Garantie
Werkzeuge
Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pirna „Nasenne“

Leim- u. Furnieröfen
v. 44 — Mk. an franko. Preisl. kostenl.
Gebr. Bettliger, Freiburg i. B.

Tischler-Fachschule Köthen
Ausbildung zu Meistern, Technikern
usw. Prospekt gegen Rückporto

SCHWANGER-SCHAFT
? Die Notunterzeit und die sichere Verhütung der Empfängnis...

Putz-Abstriche / Preis 1,50 Mk.
Alles, was über die intimen Beziehungen zwischen Mann und Weib zu sagen ist, wird hier — durch Abbildungen treulich erläutert — in ofener klarer Weise, eingehend besprochen. Das Buch ist mit größter Sorgfalt von einem erfahrenen Franzosen bearbeitet.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
Berlin SO 16, / Am Kölln. Park 2

Kollegen, versäumt nicht

den Almanach 1932 zu bestellen!

Ihr braucht ihn und er kostet nur 80 Pfennig. Wendet euch an den Beitragskassierer oder direkt an eure zuständige Ortsverwaltung.

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbstbau, in Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark
lonarme Trichter, Schallkassen und Teller in grosser Auswahl sowie
Regulatur-, Fisch- und Hausuhrwerke zum Selbstbau nach
Satzung der Grasis- und Franko-Verbandsmitglieder
Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

Tischlerlachschiefele Blankenburg (Harz)

Werkzeugmaschinen- und Holzwerkzeug-Vertrieb
Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse
Maschinenpraktikum für Orientierung
Privatleitung: Dr. Ludy Reineking

Hobelbänke 25 bis 40M.
gebraucht und gut erhalten. Schraub-
zwingen, Knechte, Werkzeuge usw.
neu und gebraucht, billig und gut.
Erich Genull, Berlin O 17
Warschauer Straße 36-42

Original-süddeutsche Hobelbänke 65 Mark.

2 m mittlere Blattlänge, Stahlspindel,
Werkzeug-Neuheiten,
Preisliste gratis und franko.
Otto Beromann, Berlin-Lichterfelde-West

Gummiwaren
Hygienisch, Artikel
Preisliste 0 gratis.
„Medicus“ Berlin SW 68,
Alte Jakobstrasse 5

Jetzt aktuell!
EMIL LUDWIG:
Juli 14
Aus dem Inhalt: Das Attentat; Die Kriegsgrafen; Das Ultimatum; Die Erschrockenen; Die Aufgeregten; Auf See; Die Bedenklichen; Die Erwartungsvollen; Die Protestierenden; Das Europäische Konzert; Die Neutralen; Die Waage; Die Betrogenen; Die Lawine
DAS BUCH KOSTET NUR 3,30 RM.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO 16